

Dresdner Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes

Abozessenspreis mit der vgl. Unterhaltungsbeilage Leben, Willen, Kunst
und Frauenwelt und Jugend einheitlich Preissatz monatlich 90 Pf.
Zur Zeit liegen vierzehntägl. R. 2.75, unter Kreuzung für Deutschland und
Ostdeutschland R. 5.— Kreditort dgl. mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage.

Redaktion: Wettinerplatz 10. Tel. 25261.
Sprechstunde war nochmals von 12 bis 1 Uhr.
Expedition: Wettinerplatz 10. Tel. 25261.
Geschäftszzeit von 8 Uhr morgens bis 7 Uhr abends.

Abfalle werden die 6gezählte Zeitung mit 30 Pf. berechnet, bei dreimaliger
Wiederholung wird Rabatt erhöht. Bezeichnungen 25 Pf. Interne müssen
bis spätestens 1/10 Uhr früh in der Redaktion abgegeben sein und sind im
Voraus zu bezahlen. — Telegramm-Adresse: Dresdner Volkszeitung.

Nr. 79.

Dresden, Montag den 6. April 1914.

25. Jahrg.

Die Norddeutsche Allgemeine Zeitung wendet sich gegen die
Regierung, daß der Reichskanzler zur "Befreiung" wegen der
Verhandlungen den Schluß des Reichstags hat der Ver-
handlung beobachtet.

Die Erklärungen des Ministeriums Salandra wurden
der italienischen Kammer mit großer Mehrheit gebilligt.

Der Kriegs-Hirsch ist in 8 Stunden 28 Minuten von Gotha
zu Marseille geflogen.

Der Robbenfangdampfer Southern Cross wird ver-
kauft. Man nimmt an, daß Schiff und Besatzung ver-
loren seien.

Wegen der Kurdenkämpfe um Bitlis werden die
europäischen und russischen Garnisonen an der türkischen Grenze in
die Kasernen festgehalten.

Gaillaud hat sich entschlossen, wieder zu kandidieren.
In Albanien wurde die allgemeine Mobilisation

Hilflos sieht die Diplomatie vor ihrer Schöpfung, diesem
autonomen Lande, in dem man vorläufig noch immer mit
einem Tuyend entschlossenen Männern die Autonomie einer
Provinz erklären kann. Und wenn die Meldung wahr ist, daß
König Wilhelm die Intervention der Mächte angerufen hat, darf
sich die Hilflosigkeit der Mächte um einige Grade ver-
stärkt zeigen. Schon wird von einem französischen Vorschlag
berichtet: Albanien solle gegen eine Entschädigung von
2% Millionen Frank Arghirolovo mit einem Teile Süd-
albaniens an Griechenland ebreten. England soll bereits an-
genommen haben. Die Antwort Englands steht noch aus.
Andere Telegramme stellen eine italienisch-österreichische Erve-
dition in Aussicht. Das mögen Gerüchte sein, aber ihre Wiel-
digkeit beweist nur die Uneinigkeit der Mächte. Immer
fort zeigt sich an, obgleich, wie gefährliches Amt der Deut-
schebund mit der Schwindelheit Österreichs über den neuen Staat
auf sich genommen hat. Als Bedrohung Serbiens war das
Hürfentum gedacht und zur Beklemmung seiner Schutzzonen
droht es zu werden.

Die Arbeit der Tripolentente.

Wien, 4. April. Wie dem Korrespondenten der Wiener All-
gemeinen Zeitung in Paris von einer maßgebenden Persönlichkeit
mitgeteilt wird, daß die französische Regierung den letzten Vorschlag
der englischen und russischen Regierung den Kontakt einer Note
zugehen lassen, die die Antwort auf die griechische Note enthalten
soll. In dieser Note schlägt die französische Regierung vor, daß die
Mächte Griechenland mitteilen lassen, daß würden all ihren Anfluss
bei der albanischen Regierung ordnen machen, damit diese den Opti-
malen umfassenden religiösen und kulturellen Freiheiten
gewährt. Ferner sollen sich die Mächte damit einverstanden erklären,
daß die bereits bestimte Grenzverlängerung bei Argiro-
lovo durchgeführt werde und daß auch später nach vorgenommener
Grenzregulierung die gesamte Griechenland bezüglich einer etwas
ausgedehnteren Grenzlinie bei Koriza berücksichtigt
werden. Bezieht sich die Thesefrage auf die Mächte bei der Vor-
lage ganzem Einfluß aufzuwenden, damit die Neutralität von
Griechenland und Montenegro nicht verletzt werde. Die englische Re-
gierung hat den französischen Vorschlägen bereits ihre Zustimmung
gegeben; von Italien steht die Antwort noch aus.

Das Koalitionsrecht am Galgen.

Zu den neuen Anschlägen der Behörden gegen die Ge-
werkschaften scheidet Wolfgang Heine im Vorwurfe:

In den letzten Tagen haben die Berliner Fabrikanten des
Deutschen Metallarbeiterverbandes, des Fabrikarbeiterverbandes und
des Zimmerarbeiterverbandes sowie die Hauptvertretungen der zentral-
sächsischen Verbände der Transportarbeiter, Holzarbeiter und Landarbeiter
die Aufrückerung der Bergarbeiter, Holzarbeiter und Landarbeiter
zu erheben, Tätzung war vorher noch der Bergarbeiterverband
in den Griechenland-Korps, eine Freitrag nach mit lebhaften
Geschehnissen in die Stadt eingedrungen. Die albanische Gen-
stuerie war machtlos. Der holländische Major Kuhler
wurde verwundet. Erst bei Morgengrauen gelang es der
albanischen Gendarmerie mit Hilfe der Mohammedaner der
Umgebung, die Rebellen zu überwältigen.

Um Koriza geht auch gegenwärtig der Kampf, der
so ausgedehnt ist, daß verantwortende Gerichte die Welt
beurteiligen beginnen. Vorgestern hiess es, Koriza sei von
den "heiligen Balkanen" eingenommen worden. An der
Belagerung war etwas Babet, Griechische Barbaren, unterrichtet
in den Griechen-Korps, eine Freitrag nach mit lebhaften
Geschehnissen in die Stadt eingedrungen. Die albanische Gen-
stuerie war machtlos. Der holländische Major Kuhler
wurde verwundet. Erst bei Morgengrauen gelang es der
albanischen Gendarmerie mit Hilfe der Mohammedaner der
Umgebung, die Rebellen zu überwältigen.

Mög. dieser nächtliche Putsch auch mißlungen sein, so
sagt er doch die Dimensionen des Wirrwars in Südalbanien
aus dem nördlichen Spitz des abgesandten Telegramme albanischer
Regierungsbefehl, daß die albanische Gen-
stuerie mit Banden zu kämpfen habe, die aus regulären
albanischen Truppen gebildet seien, die mit griechischen Ar-
mierern, Geschützen und Utralialenzen in den Kampf gingen.
Die schweren Blöde würden von den albanischen Gendarmerie
noch mit Macht gehalten. Wie brenzig die Situation
ist die albanische Regierung ist, beweist auch ein Telegramm
aus der neuen Hauptstadt:

Durazzo, 4. April. In dem gestern noch in später Abend-
stunde wegen der Meldungen aus Koriza abgehaltenen Ministrer-
rat, der über zwei Stunden dauerte, wurde beschlossen, die sofortige
allgemeine Mobilisierung anzuordnen. Auch Wilhelm erklärte, er
möchte an der Spitze der Truppen in den Kampf ziehen. Die Re-
gierung ist im Begriff unkonkurrenzreiche Weise, daß die griechische
Regierung von dem griechischen Metropolen und al-
baniischen Offizieren geleitet und unterstellt
wird.

Die Anordnung der Mobilisation mag sehr sorgfältig
vorgenommen, aber es ist nur noch nicht recht klar, was der Macht
eigentlich mobilisiert werden will. Außer der Gendarmerie
ist ihm keine getreuloseste Truppe zur Verfügung, und
dass er höchstens mit dem allgemeinen Aufgebot rechnen,
wodurch er die Habsburger an die Hämme ergehen lassen wird. Nach
richten aus Elbasan behaupten schon, daß der Gouverneur
in Koriza von 200 Albanern den bedrohten
Stammesgenossen in Koriza zu Hilfe gerettet sei. Mög. nun die
zusammenhängende Streitmacht mit den aufständischen
verbündeten oder nicht, so bleibt immer die Gefahr neuer
Auseinandersetzungen.

Der Friede der Gemeinschaften ist und bleibt unpolitisch
und liegt auf dem Gebiet des wirtschaftlichen und privaten sozialen
Lebens. Nur gelegentlich und in einem Umfang, der im Verhältnis
zu der Gesamtaktivität der Gemeinschaften geradezu winzig ist,
benutzen die Gemeinschaften das Mittel, welche den Staat und
seine Einrichtungen, namentlich seine Gesetzgebung, meist auch nur
mittelloser, berühren. Es gehört aber einer preußischen Polizeigeist
dazu, um zu behaupten, daß diese vereinzelten, das politische Ge-
biet kreisenden Handlungen der eigentliche Grund der
Gemeinschaften wäre.

In der Praxis richten sich dieses ganze Vergehen partellisch
nur gegen die Position der Arbeiter, nicht gegen die der
Unternehmer, und auch bei den Arbeitern nur gegen die vom
Arbeitsbetrieb und der Polizei verfolgten Richtungen. Freie
und politische Gemeinschaften werden als politisch behandelt,
nicht die christlichen, nicht die unzähligen anderen Vereine, welche
zum großen Teile offen Politik treiben, wie Junglinge-
vereine, gelbe Gewerkschaften usw.

Darauf, schon dieser Ungerechtigkeit wegen wäre das Vor-
gehen der Polizei keine gleichgültige Sache. Aber die Erklärung der
Gemeinschaften zu politischen Vereinen hat auch unmittelbar die
schweren praktischen Folgen. In Berlin und anderen
großen Städten kann man es gleichgültig sein, ob die Polizei des
Vergnügens der Vorstandsmitglieder erhält. In kleinen Städten,
wo jedoch die Arbeitgeber alles erfahren, was in den Polizeiaufla-
ben steht, und wo die Arbeiter den zügellosen Maßregelungen,
dem Terrorismus ihrer Vorbetten und der Behörden gegenüber
viel schüchterner sind, kann die Rottwendigkeit der Anmeldung gerade-
zu die Gründung einer Gemeinschaft verhindern.

Die Hauptrolle ist natürlich der Rücksicht der Ju-
gendlichen, die Rücksicht, den Gemeinschaften den Nachwuchs
abzusichern. Herr Müller-Neininger hat sich noch neulich im
Reichstag zu seinem Kind, der Jugendlichenbestimmung
des Vereinssatzes, freudig bekannt. Wird er das auch jetzt noch
aufrechterhalten wollen?

Die Arbeiter wissen, was ihr Koalitionsrecht, was ihre Ge-
werkschaften für sie wert sind. Sie wissen auch, wer ihr Koalitions-
recht schont und wer die Hand dazu geworden, es einzugehen und zu
unterdrücken.

Die Gemeinschaften sind nicht politisch, aber die Wirkungen
dieser neuen Anklages gegen sie, die werden eminent politisch sein.
Die Sozialdemokratie wird den Gewinn davon
haben.

Die Fortführung der Reichstagsarbeiten.

Zu den Auseinandersetzungen über die Frage: Schluß
oder Vertagung des Reichstags nimmt jetzt — reichlich fröhlich! —
die Norddeutsche Allgemeine Zeitung Stellung. Die Main-
nachrichten einiger parlamentarischer Korrespondenzen und
Zeitung, daß die Regierung in dieser Frage einen kleinen
Konflikt mit dem Reichstage beabsichtige, finden darin keine
Stütze. Die Neuerungen des Regierungsbüros klingen viel-
mehr stumm lachlich und friedlich.

Die wahre Einberufung des Reichstags im vorigen Herbst
sei aus Rücksicht auf den Reichstag selbst gegeben, so führt
die Norddeutsche Allgemeine Zeitung Stellung. Die Main-
nachrichten einiger parlamentarischer Korrespondenzen und
Zeitung, daß die Regierung in dieser Frage einen kleinen
Konflikt mit dem Reichstage beabsichtige, finden darin keine
Stütze. Die Neuerungen des Regierungsbüros klingen viel-
mehr stumm lachlich und friedlich.

Als politisch im Sinne des Begriffes sind nicht an-
zusehen die Zwecke, sämtliche Lohn- und Arbeitsbedingungen für
die Teilnehmer oder weitere Kreise bestreitbar oder die geistige
oder körperliche Ausbildung der Teilnehmer oder weiterer Kreise
zu fördern, sowie religiöse Zwecke, auch wenn diese durch Ein-
wirkung auf die Gesetzgebung verfolgt werden.

Die Sozialdemokratie wollte dadurch die Bildungvereine und
Gemeinschaften und das religiöse Leben von der politischen
Bestimmung ausschließen. Die Mehrheit der Kommission aber
deutigte sich mit einer Erklärung des Staatssekretärs, daß die sozial-
demokratische Einwirkung auf einzelne öffentliche Angelegenheiten schadlos
gehalte, um den betreffenden Verein als politisch dem Vereinsgesetz
zu unterstellen. Erfordernis sei, daß der Verein die Entwicklung
beschreibe.

Das jetzige Vorgehen gegen die Gemeinschaften zeigt, in welchen
Worten solche Ausführungen haben. Die Gemeinschaften sind
keine politischen Vereine, sondern beschreiben sich auf die
in § 152 der Verordnung festgelegte Tätigkeit der Einwirkung
auf das gewerbliche Arbeitsverhältnis im Wege private rechtlichen
Vertrags. Selbstverständlich beschreiben sie sich auch mit den gesetz-
geberglichen Fragen, die dies Gebiet berühren, namentlich mit
Auseinandersetzung der gegen das Koalitionsrecht geplanten Anschläge. Selbst-
verständlich wenden sie sich vielerlei gelegentlich an arbeitende
Arbeitskräfte und Bevölkerung. Selbstverständlich bedienen sie sich
dabei der Unterstellung derjenigen Politiker, die bereit sind, die Inter-
essen der Gemeinschaften zu vertreten; es ist nicht ihre Schuld, daß
das vor allem die Sozialdemokratie sind. Selbstverständlich kommt
das auch in den gewerkschaftlichen Anschlägen zum Ausdruck. Das
ist immer so gewesen und kann gar nicht anders sein. Aber deswegen
die Gemeinschaften für "politisch" zu erklären, das enthält eine Um-
kehrung des Verhältnisses von Fried und Mittel.

Bassermann und die Jungliberalen.

Zu der Köln. Riga. nimmt der Abgeordnete Bassermann
das Wort zu den Einigungsbestrebungen in der national-
liberalen Partei. Er versichert, niemals habe er einen so
festen Willen zur Einigkeit und Geschlossenheit empfunden, wie
in der letzten Sitzung des Zentralvorstandes. Den Konter-

politisches wirkt Bassermann politische Ungezogenheit vor, weil sie die nationale Gesinnung der Nationalliberalen in Zweifel ziehen. Die Einigkeit der Konferenzen, die sich immer mehr zu einer Klassenpartei rein agrarischen Charakters umgewandelt hätten, passe nicht mehr für das in glänzender Aufwandsentwicklung befindliche Deutschland. Er schlägt einen Artikel mit Mahnungen zur Einigkeit und warnt die national-liberale Presse, die inneren Differenzen noch zu verschärfen.

Das bei Herrn Bassermann und seinen nationalliberalen Parteivereinsskollegen der Bündnis und Böll zum Einigkeitsvorstand ist, wird von niemand befürwortet. Aber die bisherige fröhliche Einigkeit ist doch kein Aufall. Herr Bassermann erklärt in demselben Artikel in der Köln. Zeitg.: "Wir haben nieder Lust, demokratisch noch konserватiv zu werden. Wir wollen weder nach rechts noch links, sondern vorwärts. Wie bleiben, was wir sind." Das mag ganz gut klingen, aber die harten Wirklichkeiten des politischen Lebens haben bisher diese "Vorwärts"-Politik der Nationalliberalen in Wahrheit stets nur als eine erbärmliche Politik der Schwankungen und Schwankungen gezeigt.

Der tiefere ökonomische Grund dieses nationalliberalen Zimmers ist aber in den sozialen Gegensätzen zu leben, die zwischen den verschiedenen Schichten klaffen, auf die sich der Nationalliberalismus stützen möchte. Die industriellen Kapitalisten geben den ersten Ton an, aber man möchte zugleich mittlere Gewerbetreibende, Landwirte, dann auch Angestellte und freie Berufe vertreten. Die Interessen und Wünsche dieser Schichten widerstreichen einander jedoch fortwährend. Daher das ewige Rivalieren und die häufigen Unentschlossenseiten. Herr Bassermann und die Seinen möchten aus diesem Zimmer heraus, aber es kann ihnen nicht gelingen.

Stuttgart, 5. April. Der Vorstand des Landesverbandes der württembergischen Jungliberalen hat folgende Resolution beschlossen: "Der Landesverband der württembergischen Jungliberalen erkläre in dem Geist des Vorstandes der Partei Verhandlungen einzuleiten, um die gleichzeitige Auflösung des jungliberalen und des altnationalliberalen Verbandes herbeizuführen, einem im Interesse der Partei notwendigen Jugendbewegung bedauerlichen Schritt und leicht gleichzeitig die Erwartung aus, daß der jungliberale Reichsverband auch fernhin anstrengt halten wird."

Der Ausgang des Rochetteskandals.

Von unserem Korrespondenten.

Paris, 5. April.

Bei die letzte Kammer sitzung eine historische! Dem Neukreis nach gewinnt. Die öffentliche Meinung war äußerst gespannt, besonders in Paris. Der Jubelzug war in der Kammer ungewöhnlich. Die berühmtesten Redner traten auf die Tribüne. Die Sitzung dauerte von 2 Uhr nachm. bis 2 Uhr nachts, mit einer einzigen Unterbrechung. Die Reden schlossen flammend auf. Zwei ehemalige Ministerpräsidenten, Barthou und Briand, nahmen einen längeren Anteil an der heftigen Auseinandersetzung. Die Opposition von Richey und Baudis schickte ihre besten Streiter ins Treffen. Es handelte sich um Schidlof und Chérel zweier ehemaliger Regierungskräfte, Monis und Gaillaux. Letzterer ist zugleich Führer der radikalen Regierungspartei. Wenn es nach den Wünschen der Nationalisten und der Rechten gegangen wäre, so sollte die Sitzung sogar das Schicksal der Republik selbst entscheiden.

Es kam anders. Die Untersuchungskommission in der Rochettsaffäre leitete Genosse Jaurès. Ihm verdanken wir eine klare und zugleich gründliche Darstellung der Rochettsaffäre. Jaurès legte sich das Ziel, die Wahrheit zu ergreifen. Die Wahrheit aber war für alle Beteiligten höchst unangenehm. Monis und Gaillaux wurden der Beeinflussung der Radikalen, Briand und Barthou eines ehrlosen Intrigantentums und die Richter habe und Konkurrenten der erbärmlichen Unterdrückung überführt. Die Radikalen waren mit Jaurès unsympathisch, weil er ihre Führer mit seiner moralischen Autorität nicht deckte. Die Reaktion war würdig gegen Genosse Jaurès, weil er sich weigerte, zum Gaudium der schlimmsten Feinde des Volkes, Gaillaux und Monis als gemeinsame Verbrecher hinzustellen und ihre Auslieferung an die Gerichte zu verlangen. Jaurès begnügte sich nämlich mit einer moralischen und politischen Feststellung.

Die Herren um Briand und Barthou waren über die Aufdeckung ihrer Künste und Intrigen entzweit. In dieser Atmosphäre fast allgemeiner Unzufriedenheit fand am Donnerstag die Diskussion der Thesen der Kommission an. Der Klappinger der Radikalen, Jules Delahaye, forderte gebieterisch die Köpfe von Monis und Gaillaux. Er schwieg auf die Republik und die Republikaner. Mit überlegener Verachtung ließ die Kammer den Herren die größten Grobheiten und Unverschämtheiten ausprüchen.

Am Freitag begann der Kampf aufs neue. Briand sprach und zeigte sich auch diesmal als ein Schauspieler ersten Ranges. Durch und durch Kommandant. Er sei an der ganzen Sache unschuldig. Er habe bloß seine Pflicht getan. Das Dokument Jaurès (der Beleidigungsbeweis) sei weder offiziell noch Privatdokument. Man könne glauben, daß es ebenso zweideutig sei, wie Briand selbst. Ein Zufall habe das wunderbare Papierstück in seine Hände geliefert. Ein Zufall war es, daß Barthou es aufbewahren konnte. Und ein Zufall endlich ließ die Bombe zur rechten Zeit explodieren, um einen politischen Gegner niederguzwerfen. Briand ist schlau. Er hat alles so fein ausgerechnet, um unmöglich erfaßt zu werden. Die republikanische Mehrheit kennt nur den Herren und schenkt ihm wenig Vertrauen. Bloß die Rechte und das Zentrum sind ihm hold.

Dann Barthou. Er ist kein Schauspieler, er ist ein Romancer. Er gesteht offen, daß er den Coup mit Absicht gemacht habe. Aber auch er sucht sich zu entschuldigen. Er habe die Ehre des verstorbenen Calmette retten wollen. Man solle ja nicht glauben, daß der ehemalige Journalist bloß Privatbriefe zu veröffentlichen im Sinne hatte. Es war das Dokument Jaurès, das nächstens erscheinen sollte.

Die Dreistigkeit und Unverschämtheit des Mannes täuscht niemand. Sogar die Rechte wagt nicht, dem Minister ihren Beifall zu klatschen, der Schriftstücke aus der Kasse stiehlt, um sie gegen politische Gegner auszunutzen. Barthou steigt von der Tribüne unter Prunken des Mobhofs. Barthou unterscheidet sich von Briand dadurch, daß er den Mut seiner Niederrüttigkeit hat.

Ein wahrer Genuss war es, den geistreichen Genossen Marcel Sembat zu hören. Er sagte auf die amüsante und treffendste Weise die bitteren Wahrheiten nach allen Seiten. Es gebe nicht einen, sondern zwei Skandale:

Der Skandal Monis-Gaillaux und der Briand-Barthou. Die Korruption der Gerichte liegt auch da vor, wenn ein Briand willkürlich die Führer der treifenden Eisenbahner entsetzt, die Siede Sembat ist nicht leicht in trosteten Sätzen wiederzugeben; der Eindruck war großartig.

Am Abend sprach Jaurès. Todmüde, hielt er nichtsdestoweniger einen anderthalbstündigen glänzenden Vortrag über die allgemeine Erregtheit des Skandals. Er bewies die juristische Unmöglichkeit eines Gerichtsverfahrens. Er suchte nicht bloß die Reaktion zu entwischen, sondern auch die Freunde zu überzeugen, die eine Beurteilung der Schuldigen im Namen der Gleichheit vor dem Gesetz verlangten. Statt Strafe für Personen verlangte er die Umgestaltung der Institutionen. Er entwarf ein glänzendes Bild der wachsenden Gefahr der Beeinflussung der Presse und der Politik durch die hohe und niedrige Finanz. Jaurès erzielte einen tiefen Eindruck.

Der Kammerbeschluß ist bekannt: er verlangt Kontrolle der öffentlichen Gewalten; er trifft nicht die kapitalistischen Grundlagen, wie es die sozialistische Fraktion verlangt, sondern die schändlichen Ercheinungen. Wie der Überlaubne nicht stande ist, das Wunder des Naturganzen zu verteidigen, sondern nur besondere Wunder. So kann auch die bürgerliche Opposition den Skandal der kapitalistischen Ausbeutung nicht lassen, deren einzelne Skandale bloß notwendige Folgen der kapitalistischen Gesellschaft sind.

Amtsenthebung des Oberstaatsanwalts Jaurès.

Paris, 6. April. Der Oberstaatsanwalt habe wurde befragt, ob er seine Einsetzung zum Mitglied des Staatsrates annehmen wolle. Jaurès erwiderte, daß ihm die Amtsenthebung nicht stimme, doch er sei keiner Schuld bewußt sei und im Augenblick noch nicht weiß, ob er die ihm in Aussicht gestellte Entschädigung in Anspruch nehmen könnte. Der korporative Deputierte Puis est Gonti rückte an den Ministerpräsidenten Doumergue in dieser Angelegenheit ein sehr geharnischtes Schreiben, in dem der Regierung zum Vorwurf gemacht wird, daß Jaurès zum Sündenbock für alle begangenen Fehler aufgestellt wurde.

Gaillaux hat den an ihn gerichteten Blöten nachgedacht und entschlossen, bei den Neuwahlen am 20. April wie der zu handhaben.

Deutsches Reich.

Der Kronprinzenprozeß.

Das Urteil gegen den Arzt und Beileger Dr. Leyler und gegen Karl Schneidt ist verhältnismäßig glänzend ausgefallen. Beide Angeklagten wurden zu je sechs Wochen Haftungshaft verurteilt. Die Strafe ist immer noch gnädig zu nennen gegenüber den Urteilen gegen Leyler (6 Monate Gefängnis) und gegen den Vorwärtsredakteur Genossen Dr. Meier (3 Monate Gefängnis). Die Abschaffung der Urteile ist für den neuen hämischen beamteten Artikel kaum verständlich. Es wird immer ein Geheimnis der gerecht abwogenden Justiz bleiben, warum Leyler doppelt so schlimm ist wie Meier, Leyler und Schneidt aber zusammengekommen noch nicht so schlimm sind wie der verurteilte Vorwärtsmann.

Nach dem neuen Kronprinzenprozeß trägt das Merkmal seiner Vorgänger: die Rücksichtlichkeit der Verhandlung. Aber auch hier ist eine gewisse abschwächende Tendenz festzustellen. Denn während die beiden ersten Prozesse von Anfang bis Ende hinter geschlossenen Türen stattfanden, wurde im dritten die Offenheit aller Viertelstunden einmal ausgeschlossen und dann wieder hergestellt. Der beamtete Artikel wurde geheim verlesen, sonst hätten ja die groß anwesenden Zuhörer erfahren können, was sie wie einige zehntausend andre in der Tribune gelesen hatten. Auch der Staatsanwalt, namens Krause, hatte so gefährliche Dinge vorzubringen, daß er sie um keinen Preis in die Öffentlichkeit dringen lassen wollte. Dagegen war bei der Vernehmung der Angeklagten und bei den Plädoyers der Verteidiger das Publikum wieder zugelassen.

Bei alldem fragt man nach dem Bozo, Warum und Deswegen. Und diese Frage steht nachgerade auch den Richtern selbst aufgetragen zu sein. Daraus ergibt sich dann eine gewisse Unsicherheit. Man hat den Eindruck: Ware es überhaupt möglich, daß wegen Kronprinzenbeleidigung angeklagte Redakteure freigesprochen werden, so wäre es diesmal beinahe passiert. Das Gesetz, daß man mit dem Kronprinzenbeleidigungsprozeß seinen Staat machen kann, ist allgemein. Der junge Herr wird lernen müssen, Kritik zu vertragen, und das wäre für ihn selbst das Beste.

Der demokratische Kaiserbrief.

Zuletzt endlich kommt die Norddeutsche Allgemeine Zeitung und teilt mit, sie sei ermächtigt, zu erklären, daß die in der Presse verbreiteten Mitteilungen über den Inhalt des Kaiserbriefes an die Landräte von Hessen falsch seien. Das Kreisblatt schreibt:

Gegenüber den falschen Mitteilungen, die über den Inhalt des Briefes verstreut worden sind, sei festgestellt, daß der Kriegsteilnehmer Ausspruch irgendwelcher Art über den katholischen Glauben, die katholische Kirche oder die Katholiken und die Stellung des Kaiser's zu ihnen enthalten. Alle gegenstelligen in den Presse verbreiteten Angaben sind aus der Lüft geprägt. Ihre Urheber trifft der schwere Vorwurf, eine Propaganda unter grobster Einschätzung des Sachverhalts an die Öffentlichkeit gezeigt, damit den konfessionellen Freiheit gefährdet und Seine Majestät dem Kaiser leichtfertig eine ihm fremde, feindselige Wirkung des Katholizismus angedichtet zu haben.

Auffällig ist es, daß das Dementi so spät kommt. Interessant wäre es übrigens, zu erfahren, von welcher Seite die folgenden Wiedergaben in die Welt gelangt waren, sei es seitlich, daß der Kriegsteilnehmer Ausspruch irgendwelcher Art über den katholischen Glauben, die katholische Kirche oder die Katholiken und die Stellung des Kaiser's zu ihnen enthalten. Solche Angaben sind aus der Lüft geprägt. Ihre Urheber trifft der schwere Vorwurf, eine Propaganda unter grobster Einschätzung des Sachverhalts an die Öffentlichkeit gezeigt, damit den konfessionellen Freiheit gefährdet und Seine Majestät dem Kaiser leichtfertig eine ihm fremde, feindselige Wirkung des Katholizismus angedichtet zu haben.

Im Vaillan weiß man von dem sogenannten Kaiserbrief nichts, da er nie in die Hände des Papstes kam und sich auch dort nicht befindet. Auch weiß man im Vaillan von dem wahre Inhalt dieses Briefes nichts. Damit entfällt alle an diese Meldung geknüpfte Kombination.

Die Kölnische Volkszeitung bemerkt hierzu: "Man wird diese Angaben als authentisch betrachten können."

Die eigene Sache des Offizierkorps.

Der General der Infanterie zur Disposition von der Voelk kommt im Tag noch einmal auf die jüngste Duell-Debatte des Reichstages zu sprechen. Daß er den Voelk-

Kampf verteidigt, ist selbstverständlich, und daß er, Leutnant Bevölkerung der Gesellschaft bezeichnet, ist nicht verwunderlich, obwohl er sich und seiner Stelle darum ein erbärmliches Segen aussetzt. Voll einverstanden ist der Generalrat mit dem serienminister, der das Duell im äußeren Lande als das geringste Übel bezeichnet hat und zu verhindern bestrebt werde. Dann aber kommt ein Soz. mit dem er eine neue Note in die Erörterung bringt. Er erklärt nämlich, daß ein Offizierkorps seine Ehre verteidigen will, das ist doch wohl in erster Linie seine eigene Sache.

Damit ist göttliches Gebot, Strafe, Weisung und Weisung was es sonst noch an Kleinigkeiten gibt, auf die einzige Weise von der Welt ausgedehnt, zunächst in der Größe des Duells. Aber was hindert das Offizierkorps, auch in anderen Punkten Aufstellungen zu beginnen, die mit der Verfestigung, dem Einfluss und der sonst nötigen öffentlichen Meinung nicht im Einklang stehen? Stanzenunterwerke wird ihm zugesetzt werden müssen, daß es die Angelegenheiten, bei denen es beteiligt ist, durchweg nach seinem Weisung und ohne Rücksicht auf die anderen Bevölkerungsschichten zu regeln berechtigt ist.

Liberaler Hierarch.

Den Liberalen ist der Zusammenstoß, den der Direktor der Deutschen Bank, Dr. v. Gwinnett, auf der Generalversammlung seiner Gesellschaft mit drei Aktiengesellschaftern gehabt hat, die die Interessen der Bankbeamten wahren wollten, recht unbekannt. Auf einer Seite wollen sie es mit einem Anspruch auf die Deutsche Bank nicht vereinbar, das andere von den Insolvenzsträfern, die es zu vergeben bestrebt ist, durch Tradition einigermaßen mit dem Liberalismus einverstanden ist, und auf der anderen Seite möchten sie auch die Angestellten nicht vor den Kopf stoßen, die sie doch immer noch der bürgerlichen Haben fehlbar zu können hoffen. So haben sie es denn noch Möglichkeit bei dem Generalversammlungsbericht im Handelsteil bewenden lassen und es nicht zu zweitmäßig erachtet, in der politischen oder sozialpolitischen Abteilung zu dem Fall Stellung zu nehmen.

Im Handelsteil kommt dann auch das Berliner Tageblatt bei den Rückblicken auf die Begebenheiten der Woche auf die Sache zurück und wie das geht, das ist so nett und beiläufig, daß der betreffende Passus schon im Vorhinein genossen werden muß:

Hier hat man die Verachtung gemacht, daß berufsständische Verbände oder Brancheorganisationen die Belegschaft wahrnehmen, um den Wünschen der Angestellten Gehör zu verschaffen. Daß diese höheren Aktionen im eigentlichen Interesse sind, ist im allgemeinen nicht anzunehmen. Und wenn auf einer Seite bestellt wurde, daß die Angestellten eben genug sind, um in der Generalversammlung eingesetzt zu werden, so erfordert es die Geschäftigkeit, auf der anderen Seite zu bestimmen, daß die berufsmäßigen Führer der Brancheorganisationen nicht ohne weiteres den Anspruch darauf erheben kann. Worte und Wünsche zu aufreihen, als ob sie gegen die Arbeiterschaft ausgesprochen werden. Da man nun weiter gehen und sagen, daß, wenn einmal irgendwo eine Ausweitung augenblicklich der Angestellten in Wirklichkeit nur auf eine bestimmte Gruppe hinausläuft, dies von der Generalversammlung unter keinen Umständen gebilligt werden sollte, eben weil derartige Angriffe gegen die Interessen der Arbeiterschaft gerichtet ist. Wird aber in sachlicher und berechtigter Weise für die Angestellten eingetreten, so ist das auch für die Arbeiterschaft ein Vorteil und man sollte auch die berufsmäßige Wahrnehmung solcher Interessen nicht beanstanden, denn ein angemessenes bezahltes und arbeitsförderndes Beamtenleben wird eben als ein ungünstiges und unmögliches Denken des Arbeiters der Arbeiterschaft gegen die Arbeiterschaft erachtet.

So ein Handelsredakteur an einem liberalen Blatt hat es wahrhaftig nicht leicht. Es werden da unter Umständen Eierläufe und Körperverrenkungen verlangt, deren Ausführung selbst einem tüchtigen Künstlers Lehr-Schweiz kosten würde.

Vergleich im Gaberner "Pariserenelle".

Gabern, 4. April. In der bekannten "Pariserenelle", Klage der bei den Gaberner Unruhen leidende in dem "Pariserenelle" Engagierten ist heute ein teilweise Vergleich geschlossen. Die Wehracht der Alten, von denen jeder eine Entschädigung von Hundert Mark verlangt hatte, ist bestätigt. Sie mit der angebotenen Entschädigung von fünfzig Mark zufrieden zu geben. Einige der Alten jedoch halten ihr ursprünglich gestellte Forderung aufrecht.

Im Verlauf der Gaberner Angelegenheit war, wie erzählt, auch bekannt geworden, daß Beutnant v. Gorstner sich durch Verführung eines minderjährigen Mädchens bestimmt gemacht haben sollte, und es war auch von dem Sohn des Mädchens gegen ihn eine Entschädigungsklage eingestellt worden. Diese Klage ist heute von der Hauptmann des Landwehrbataillons ausgetragen worden. Beutnant v. Gorstner soll zwar zugestehen, daß er das Mädchen verdeckt und leichtfertig einen intimen Umgang jedoch entschieden in Wahrheit gehabt. Gegen das Urteil der Hauptmann ist Beschwerde eingelegt.

Rekrutenshinterziehen vor Gericht.

Vor dem Kriegsgericht der 3. Division in Steinsbach am Freitag vier Sergeanten, fünf Unteroffiziere und ein Dienstmädchen der 10. Kompanie des Grenadier-Regiments Nr. 2, die wegen schwerer Verführung von Unterordnern zu verantworten hatten, soll als Zeuge der 10. Kompanie waren als Zeugen eingestellt. Die Klage ist heute von der Hauptmann des Landwehrbataillons ausgetragen worden. Beutnant v. Gorstner soll zwar zugestehen, daß er das Mädchen verdeckt und leichtfertig einen intimen Umgang jedoch entschieden in Wahrheit gehabt. Gegen das Urteil der Hauptmann ist Beschwerde eingelegt.

Grenzstraße von vier Monaten. Der Unteroffizier Schiefer, der beim Exercieren mit dem Gewehr fallen und vom Untergewicht getragen wurde, wurde zu vier Monaten und vier Tagen verurteilt. Unteroffizier Höhn hielt in Qualität mit seinen Kollegen gleichen Schritt, hingen bei der Quotienten der Schüsse bedeutend überreicht. Es waren 42 Fälle von Misshandlungen Unterordneter während des Dienstes und 45 Fälle von vorwitziger Verhandlung gegen sie aus. Es gelang Schiefer nicht, die Soldaten nicht zu solchen Auslagen zu überreden. Das Gericht verurteilte diesen Angeklagten zu acht Monaten Gefängnis und ordnete sofortige Verabschiedung an. Die übrigen Rechtsgeister kamen ebenfalls davon. Der Sergeant Schmid und der Unteroffizier Schiefer wurden freigesprochen. Verurteilt wurden der Unteroffizier Harsdörfer zu zehn Tagen, Unteroffizier Höhn zu vierzehn Tagen und Sergeant Gugger zu einer Woche Haftstrafe.

Ein Gesetzeswidrig zu diesen Praktiken bildet ein an sich harmloser Fall, der das gleiche Gericht beschäftigte und der einen Soldaten von der gleichen Kompanie traf. Der Grenadier Werner verlor auf dem Truppenteil deutlich entfernt. Als Grund dafür gab der Soldat an, daß er von dem Unteroffizier Höhn und seinen rechtmäßigen Kommandos so unzufrieden war, daß er nichts anderes zu tun wußte, als sich durch die Flucht vom Dienst zu befreien. Er wollte nicht ständig dem Truppenteil verbunden und legte während der Abreise auch niemals seine Uniform ab. Das Gericht erkannte auf die geistig qualifizierte Untersuchung von 48 Tagen Gefängnis. Die Strafe wurde durch die Untersuchungshaft für verdacht erachtet.

In den Tod getrieben.

Vor dem Kriegsgericht der 11. Division in Wetzlar am Sonnabend rückte eine Anzahl Soldaten hinzu. Angeklagt waren drei Dragoner der 5. Schwadron des Dragoner-Regiments Nr. 2, genannt alle Leute, die zwei Reiterinnen der Schwadron darunter hatten, von einer der Reiterinnen, Einschluß, durch die Misshandlungen zum Selbstmord gezwungen wurden. Das Kriegsgericht verurteilte den Dragoner Horenkel zu drei Monaten, den Dragoner Reinke zu sechs Monaten und den Dragoner Schwadron zu neuen Monaten Gefängnis. Der Wachtmeister der Schwadron Stühler wurde wegen unzureichender Beweisführung mit sieben Tagen Arrest belegt.

Die preußischen Steuerzuschläge bleiben.

Seit Jahren wird ein Zuschlag zur preußischen Einkommenssteuer erhoben. In und außerhalb des Reichslands ist schon oft gegen die Steuerzuschläge angeklagt worden; bisher vergeblich. Eine Runde zum Einkommenssteuerzuschlag sollte die Zuschläge in den normalen Steuerzuschlägen über, aber die Regierung ist nicht gefordert. Man erwartet nun, daß die starke Stellungnahme des Reichsgerichts und der Einkommen, die durch den Generalparlament eingetragen ist, eine Befreiung der Steuerzuschläge zur Folge haben wird. Die preußische Regierung läßt oder neuerdings in den Berliner politischen Nachrichten offiziell erkläre, daß auch unter den Steuerzuschlägen einer übermäßigen Belastung der Bevölkerung nicht entzogen werden kann. Die Frage der Aufhebung der Steuerzuschläge ist so lange unbestimmt, als nicht eine Reform des Einkommenssteuerzuschlags eintrete. Es erscheine daher zwecklos, in einer Runde über teilweise oder gänzliche Befreiung der Steuerzuschläge einzutreten, bevor nicht die Voraussetzungen einer gesamten Reform der direkten Staatssteuern erfüllt seien.

Keine politische Nachrichten. Die Norddeutsche Zeitung stellt sich eine Kriegszeitung in den Bundesstaaten dar. In einer Rednung beraten worden sei und mehrfach Änderungen erlaubt habe. Eine zweite Rednung findet noch statt. — Die Bildschirmkammer bestätigte den Regierungsschluß v. d. Dr. v. Höchster wegen Zwischenfalls zu drei Monaten Haftstrafe. Sein Verteidiger, der Sozialdemokrat Löbne, erklärte die gleiche Strafe. — Das Sondertribunal in Kiel hat gegen den Polizei-Dr. Andersen in Holstein in Norddeutschland das Disziplinarverfahren eingeleitet. Dem Klarer wird eine Dänenfreundlichkeit zum Vorwurf gemacht. — Eine große öffentliche Kundgebung für Fortführung der Sozialreform veranstaltet am Sonntag den 10. Mai in Berlin die Sozialdemokratie. Als Redner sind Staatsminister Dr. Reibert v. Berlepsch und Professor Dr. Brande im Amt bestätigt. Der Kundgebung geht am 9. Mai eine außerordentliche Tagung der Sozialpolitik voran, die sich besonders mit Arbeitsmarktforschungen beschäftigen soll. — Der sechste Parteitag der Sozialdemokratischen Vereinigung wird vom 31. Mai bis 2. Juni in Dortmund stattfinden. Auf der Tagesordnung stehen u. a. Referate über „Volk und Recht“ (Justizrat Melo s. Polizei, Staatsanwalt Dr. Leyb, Ehren) und über „Einheitliches Arbeitsrecht“ (Ingenieur Dr. Gramm).

Ausland.

Österreich-Ungarn.

Besonderungs-Gesetze.

Wien, 5. April. Die vom österreichischen Handelsministerium mit der Amerikanischen, dem Norddeutschen und der Hansapostel-Klinke-Linie gewünschte Neuordnung des österreichischen Auswanderungswesens geführten Verhandlungen haben zu der Annahme des Angebotes der drei Gesellschaften durch die österreichische Regierung geführt. Der Auswanderungsweser ist auf weittragendem Wege geregt worden unter Berücksichtigung der Interessen der österreichischen Wirtschaft und zur Förderung der österreichischen Schiffsfahrt. Dem Nebenkosten kommen bestreiten, so daß der neue Kontrakt bald den größten Teil des in Österreich zum Geschäftsbetrieb zugelassenen ausländischen Schiffsbauunternehmungen umfassen wird.

Italien.

Regierungserklärungen in der Kammer.

Rom, 6. April. Die Kammer ließ heute die Beratung fort, die am Donnerstag abgebrochene Regierungserklärung fort. Hierbei ist S. Lanza da Cella erläutert u. a.: Was die Frage der Geschäftsführung anbelange, so werde jedes Minister, sobald der Kammer ein Initiativvotum darüber vorliege, nach seiner persönlichen Überzeugung stimmen; er, Salandra, werde dagegen stimmen. (Beifall, Zwischenrufe.) Der Minister wird auf die gleichzeitigen Vorgänge in England hin, wo die Mitglieder des Kabinettts in der Krone des Frauenviertels ebenfalls getötet wurden, aufmerksam. Das Ministerium werde mit einigen Abänderungen den Verteidigungsrat über die Freiheit der Ausbildung aufzukrämer. Die Regierung habe mit der Beratung des Generals Vozza, die über die finanzielle und wirtschaftliche Leistungsfähigkeit des Landes hinzuweisen, nicht in einen schlechten Ton gekommen. (Beifall.) Sie habe jedoch Einigung darüber, daß der Generalstaatsrat bei der Wahl des Kriegsministers vorzutreten. Das militärische Element wisse, daß es bei der Lösung von Krisen nicht zu reden habe, die kein ohne jeden anhaltenden Einfluss auf den Staat genommen hätten. (Beifall.) Der Konservativen Einfluß ihres Landes genommen hatten. (Beifall.) General Göttorff habe das Verteidigungsamt des Krieges in dem Konservativen übernommen, doch er den Bedürfnissen der nationalen Verteidigung auch dann gerecht werden könne, wenn er die Kosten in den Grenzen der ökonomischen Fähigkeit des Landes halte. Der Ministerpräsident ging weiter auf die Verteidigung ein, die die Re-

gierung zugunsten der Eisenbahngesellschaften zu treffen geplant. Sie werde das große Problem der Eisenbahnsicherung der Arbeiter prüfen.

Salandra erklärte sich zum Schlus mit der Annahme folgender von Petris eingebrachten Tagesordnung einverstanden: Die Kammer geht, nachdem sie von den Regierungserklärungen Kenntnis genommen hat, zur Tagesordnung über. Diese Tagesordnung wurde in nomineller Abstimmung mit 303 gegen 120 Stimmen angenommen. Darauf verließ sich die Kammer bis zum 6. Mai.

Aufland.

Hungerkrieg schlagende Zeiten.

Peterburg, 6. April. Die russischen sozialistischen Gefangen, die wegen politischer Vergehen bestraft wurden, haben in Petersburg den Hungerkrieg erklärt. Sie verweigern die Isolation ihrer Räume und wollen in ihrer Begeisterung solange verstreichen, bis die von ihnen der Gefangenewaltung übermittelten Bedingungen erfüllt werden können. Die Gefangenen verlangen u. a. bessere Ruhe, längere Besitzungen, die Freiheit, ihre Angehörigen freiwillig in der Stadt leben zu dürfen und schließlich das Recht zur Benutzung einer größeren Anzahl Bücher aus der Gefangenbibliothek.

Beruhigte Demonstranten.

Peterburg, 6. April. Der Stadtpolizist verurteilte wegen Teilnahme an den Straßenmanifestationen und wegen Abschaffung revolutionärer Lieber 32 Demonstranten, darunter fünf Frauen, auf administrativem Wege zu je einem Monat Haft.

Türkei.

Ein turbösischer Aufstand.

Vor einigen Tagen wurde die türkische Stadt Siliss von auständischen Kurden angegriffen, die sich damit gegen die armenischen Reformen wandten. Es kam zu einer blutigen Schlacht mit den Regierungstruppen, bei denen diese Sieger standen. Dazu wird weiter gemeldet: Nach mehreren Wochen haben die auständischen Kurden in Uniform den Rückzug angetreten und die Truppen haben die von den Kurden besetzten Stellungen rings um die Stadt eingenommen. In Siliss sind sechs Türken verwundet worden. Zahl Kurden schätzten sich in das russische Konsulat. Von Erzincan und Nohi sind Truppen in die Richtung nach Siliss abmarschiert, um ein Unabhängigkeitsbewegung zu verhindern. — Der armenische Patriarch besuchte den Minister des Innern und verlangte, daß die zerstörten Kirchen auf Kosten der Regierung wieder aufgebaut würden.

Russische Intrigen.

Vers., 6. April. Der Kardinalstaat in Siliss gegen die Durchführung der armenischen Reformen scheint auf russische Veranlassung hin auf Bagdad am Rialta überzugehen. Die Macht des Kardinalstaates Sehîm im russischen Einflussbereich erleichtert die Situation. Die Russen ist zu schweren Maßnahmen entschlossen.

Petersburg, 5. April. Die Nachrichten über den Kardinalstaat in Siliss haben in Petersburg das größte Aufsehen hervorgerufen und die gelassene russische Presse beschuldigt sich ausdrücklich mit diesen Vorfällen. Es wird insbesondere russischen Interessen geführt werden können und in Bezug darauf der Überzeugung Ausdruck gegeben, daß die ausgedehnte türkische Regierung bedeutend weniger Einfluss auf die Kurden hat als die vorangegangene, die es befürchtet, mit den auständischen Kurden fertig zu werden, indem sie ihnen Geldschilde und andere Vergünstigungen gewähren will.

Es versteht bereit, daß die Truppen aller russischen Garnisonen an der türkischen Grenze in den Käfern festgehalten werden, und daß Rialta bis auf weiteres nicht mehr erreicht wird.

Amerika.

Wiederholte Wiederkäufe aus Mexiko.

Der mexikanischen Gesamtstadt in Berlin ist das amtliche Telegramm zugegangen, wonach die Stadt Torreón sich noch in der Gewalt der Regierungstruppen befindet und auch keine Schiffe mehr zu bestehen scheint, daß die Stadt in die Hände des auständischen fällt.

Dagegen kommen über Paris und New York entgegengesetzte Nachrichten:

Paris, 5. April. Die Entfernung der Regierung Huerta, wonach Torreón bisher nicht in die Hände der Rebellen gefallen sei, wird heute vom Matin bestätigt. Das Blatt erläutert, daß ihm eine Deputation des Generals Carranza vorgelegen habe, die dieser auf Torreón an seine in Paris lebende Familie richtete.

Paris, 5. April. Aus El Pato wird gemeldet, daß General Villa seinen Sieg bei Torreón über die Bundesstruppen in entscheidender Weise ausnutzen wird. Er hat seine Truppen in Einheiten auf San Pedro geworfen, wo General Herencia, ein anderer Führer der Konstitutionalisten, die aus Torreón geflochenen Bundesstruppen von der weiteren Flucht abgeschnitten und sie so in eine Sackgasse gezwungen hat, aus der ein Eintritt für die konstitutionalistischen Truppen unmöglich geworden ist. Villa selbst will den entscheidenden Schlag mit seinen Truppen gegen die letzten Streitkräfte der Regierung führen. In Torreón herrschen schwere Schilder, eine große Anzahl Vermundete ist verurteilt oder durch Blasen an ärztlicher Hilfe unterschlagen. Villa soll den Mohsen für die Grenzen seiner Kraft verlassen haben und bereits mit der Abfahrt umgehen. Ich an Stelle Carranzas zum Führer der Konstitutionalisten und Bündnisparteikandidaten zu proklamieren. Mit diesem Schritt willde die Union möglichst in das Rebellenlager getragen werden.

London, 5. April. Die Siegertruppe Villa hat geschafft auf eine große Popularität, sie gewinnt den Oberbefehl General Carranzas anzusegnen. Es hat sich vielmehr zum allgemeinen Willen der gesamten Bevölkerung vollkommen lassen lassen, es soll nach den neuen Wirkungen bereits zu blutigen Zusammenstößen zwischen den Verbündeten Carranza und Villa gekommen sein.

Afrika.

Neue Opfer in Morroco.

Madrid, 6. April. Bei einem Nebeißall aufständischer Morrocker auf eine spanische Kolonie im Innern des Landes wurden fünf spanische Soldaten getötet, sehr schwer verletzt. Dem Umstände, daß die spanischen Truppen im Lager von Rio Negro, durch das Generalheuer aufmerksam gemacht, ihren Kommanden rechtzeitig zu Hilfe eilten, ist es zu danken, daß die Verluste der Spanier nicht so groß waren. Nach hartnäckigem Kampf gelang es, die Morrocker, die eine große Anzahl Toten auf dem Kampfplatz ließen, in die Flucht zu schlagen.

Aus aller Welt.

Zing Gotha-Warschau.

Der deutsche Flieger Hirsh ist mit einem Doppeldecker von Gotha nach Warschau gestoßen.

Am Sonnabend früh um 5 Uhr hatte Hirsh auf seinem Flug eigens neu konstruierten Albatros-Doppeldecker in Gotha. Als Abendstund nahm Hirsh Südländer-Tiefeldort an dem Flug teil. Der Apparat ist umgestoßen, und eine Person aufgenommen. Eine erste Notlandung erfolgte in Frankfurt a. M.

wo die Flieger um 7 Uhr 28 Min. eintrafen. Sie hatten für die 171 Kilometer lange Strecke 1 Std. 28 Min. gebraucht. Um 8 Uhr 31 Min. flog Hirsh weiter, um die 409 Kilometer nach Warschau zurückzulegen.

Neben dem Flug liegen noch folgende Telegramme vor:

Paris, 6. April. Um 11 Uhr 15 Minuten ist der deutsche Flieger Hirsh mit seinem Passagier auf Albatros-Doppeldecker hier eingetroffen, nachdem er Frankfurt am Main kurz nach 8 Uhr morgens verlassen hatte. Der Flieger hat die Strecke von 150 Kilometern in nur etwas mehr als dreieinhalb Stunden zurückgelegt. Um 12 Uhr 14 Minuten flog Hirsh nach Einnahme von Benzolin und Öl zum Weiterflug nach Warschau auf.

Warschau, 6. April. Helmut Hirsh traf um 4 Uhr wohlbehalten im Aerodrom von Warschau ein. Man bewunderte viel die Leistung des deutschen Kriegers, um so mehr, als er mit einem Albatros-Doppeldecker, einem Passagier mitführte und trotz aller dieses die Peitsche Grindejone de Moulineau um eine Stunde drei Minuten überbot. Bis der Flieger erzählte, geriet er zwischen Gotha und Frankfurt in einen Schneesturm und hatte von dort bis Thion mit Gegenwind zu kämpfen. Zug dichten Nebels war er nach einstündigem Aufenthalt von Thion angekommen. Ein Major Osmir war dann im Rahmen des Kriegerflugs von Warschau aus dem Krieger glücklich und beschwerte den Flug der famosen Maschine. Die französischen Blätter bemerkten besonders das gute Verhalten des deutschen Motors gegenüber dem französischen Kreiselmotor.

Helmut Hirsh hat die 1223 Kilometer lange Strecke Gotha-Warschau, wenn man von dem Aufenthalt an den Landungsstellen absieht, in der glänzenden Zeit von 8 Stunden 58 Minuten zurückgelegt. Nach der Flugzeit seines französischen Konkurrenten Grindejone hat er diesen, wie erwähnt, um 1 Stunde 3 Minuten geschlagen. Die Gesamtstrecke Madrid-Monaco (1223 Kilometer) hatte Grindejone in 12 Stunden 2 Min. 28 Sek. zurückgelegt.

Ein Robbenjäger-Dampfer verloren?

London, 6. April. Aus St. John's auf Neufundland wird gemeldet, daß man dort alle Hoffnung auf die Rettung des Robbenjäger-Dampfers Southern Croc aufgegeben hat. Der Dampfer verlor vor den übrigen zu der Robbenjäger-Flotte gehörenden Schiffen trotz des Sturms und des schweren Eisgangs den Hafen mit seinen wertvollen Fellen zu erreichen, um die besten Preise zu erzielen, der Verlust mißglückte jedoch und der Dampfer hat bisher noch nirgends gesichtet werden können. Es gilt als sicher, daß er von Schiffen zertrümmert worden ist, und daß seine Besatzung auf die irische Weise aus Leben gesammelt ist wie die von dem Robbenjäger überreichten Säcke der New-Foundland.

St. John, 6. April. Der Robbenjäger-Esel, der gestern morgen hier eingetroffen ist, berichtet, daß er von dem Dampfer Southern Croc, der früher Terra Nova hieß und Ernest Shackletons Expeditionsschiff war, nichts gesehen und nichts gehört habe. Der Kapitän des Esels erzählt, daß die Dampfer Esel, Southern Croc, am Donnerstag vor acht Tagen auf der Reise waren und an diesem Tage Southern Croc die Heimfahrt antrat. Das Schiff hatte 17.000 Robben an Bord geladen, so daß ein Teil der Robben und Robben auf Deck verloren werden mußte. Ein zweiter Robbenjäger, der gestern nachmittag hier eingetrof, hat Southern Croc am Freitag vor acht Tagen auf der Heimfahrt gesichtet. Man hat jetzt Southern Croc mit einer Beladung von 170 Mann als verloren aufgegeben.

Wegen Sacharinschmuggels verurteilt.

Gleiwitz, 4. April. In einem Sacharinschmuggelprozeß gegen 14 Angeklagte aus Ost- und Westpreußen und Oberschlesien wurde heute nach schätzungsweise Dauer des Urteils geherrschen. Der Vorsitzende, Landgerichtsrat Dr. Müller, verkündete, daß das Gericht die beiden Hauptangeklagten Spediteur Abraham Meyer aus Görlitz und Kaufmann Moritz Rubin aus Grottkau wegen mehrerer Vergehen gegen das Zollhofgesetz vom 1. Juli 1902 in Tateinheit mit einem Vergehen gegen das Reichsgefetz vom 9. Juni 1895, betreff die Ausfuhrung des mit Österreich-Ungarn abgeschlossenen Zollvereins zum österreichisch-ungarischen Handelsvertrag, zu je 120 Monaten Gefängnis und 1500 R. Geldstrafe verurteilt hat. Der Angeklagte Butterhändler Josef Ziemann aus Görlitz erhielt jedoch 1000 R. Gefängnis, die durch die Unterlassungshaft für verbißt erlassen wurden. Werner erhielt der Stellvertreter Schöber aus Görlitz 800 R. Gefängnis und der Halbwanderer Pustulka aus Görlitz 400 R. Gefängnis.

Ein See niedergebrannt.

Zsoln (Ungarn), 6. April. Der Ort Garam-Halasz bei Bob Szoln ist niedergebrannt, nur zehn Häuser und die Nachofenfabrik blieben vom Feuer verschont.

Wetterbericht von der Wetterküste an der Friesen-August-Bucht vom 6. April, mittags 12 Uhr.

Barometer 1017. Regen oder Wind.

Thermometer +9° C.

Thermometerstab: Min. +4°, Max. +17°.

Hygrometer 75%.

Wasserstand der Elbe -55 Zentimeter.

Prognose der südlichen Landeswetterwarte

für den 7. April 1914:

Südwärts: Abnahme der Bevölkerung; mild; kein erheblicher Niederschlag.

Wetterlage: Ein kräftiges Tief ist nach dem Ozan herabwärts vorgedrungen; eine Ausbildung desselben, die bis nach Westeuropa reicht, bedingt bei anziehenden Westwinden Niederschlag. So raus wie das Tief erscheinen ist, so raus wird es an und vorüberziehen und nordwärts verschwinden. Infolgedessen ist mit einer Befreiung des Wetters innerhalb der Vorbergezeit zu rechnen.

Wasserstände der Moldau und Elbe: Moldau +2, Elbe +3. Brandenburg -3. Brandenburg +28, Mecklenburg +90, Prignitz 0, Rügen +82, Dresden -55.

Kaufhaus Julius Caspar

Hechtstraße

Dresden-Neustadt

Rehefelder-, Ecke Bürgerstraße

Grosser

Oster-Verkauf

in

Damen-Konfektion und Damen-Putz

In allen Abteilungen ganz besonders billige Angebote.

Gruppe Radeberg

Donnerstag den 9. April, abends 1/2 Uhr

Jahres-Haupt-Versammlung

im Restaurant Deutsche Eiche. [V. 16]

Büchlein erwartet

Die Gruppenleitung.

Ottendorf-Okrilla und Umg.

Mittwoch den 8. April, abends 8 Uhr

Öffentl. Gewerkschafts-Versammlung

im Gasthof zum Hirsch in Grohsotilla.

Tages-Ordnung:

Die Frau und die gewerkschaftliche Organisation

Büchlein wird gewünscht! [K. 402]

Die Verwaltung der Glasarbeiter. A. H. Clements.

Sozialdemokr. Verein für den 6. Kreis

Mitgliederkarte
Büchlein, Schriftstücke & gegen
Preis „Deuben“ erworbenGeschäftsräume: Deubenerstr. 8-10
ab 3-4 Uhr. Dienstag ab 7 Uhr
Eckstein, Max Deuben Nr. 774

Bez. Deuben-Niederhäslich.

Mittwoch den 8. April, abends 1/2 Uhr, im Gasthof Sächsischer Wolf in Deuben. **Mitglieder-Versammlung.** Tages-Ordnung: 1. Die Vereinigung der Gemeinden Deuben und Niederhäslich; Referent: Stadtverordneter Hof. Fischer, Dresden. 2. Kreisvorstandsvorbericht. 3. Vereinsangelegenheiten. [V. 16]

Die Genossinnen und Genossen werden erachtet, zahlreich in der Versammlung zu erscheinen. Die Verwaltung.

Stehbierhalle Arthur Beyer

Restaurant Kesselsdorfer Straße 11

hält sich zur Einkehr empfohlen.

Krapotkin

Preis 2 Mk.

Gegenseitige Hilfe in der Tier- und Menschenwelt. Volksbuchhandlung Wettinerplatz 10.

Ich halte Sprechstunden ab:

früh 1/2-10 Uhr
am Nachmittage 3-5 Uhr

Neu-Döhlen

Post Potschappel.

Dr. Korn.

[K. 117]

Gerhard Seeliger Preis 1.70 Mk.
Der Stürmer. Volksbuchhandlung.

SARRASANI

Telephon 23 843 und 23 844

Montag, Dienstag, Mittwoch, 8 Uhr und 7 1/2 Uhr

Je Abschieds-

2 Vorstellungen 2

Nachmittags gelten [L. 1539]

durchweg halbe Preise!

für gross und klein.

In jeder Vorstellung ausser dem Kolossalprogramm die grossartigen

Wasser-Manegeschauspiele

Vorverkauf an der Tageskasse und im Warenhaus Hermann Herzfeld, Altmarkt

Musenhalle

Einziges Varieté und Volks-Theater des Westens
Täglich abends 8.10 Uhr. Heute neues Programm.

Original-Leipziger-Sänger! Erstklassig!

Dezentiel Komödie-Milieuprogramm. Donnerstag & Sonnabend geschlossen. Ab heute Verkauf für die Ferientage.

Wochenags Verzugskarten gültig!

Werien Freunden und Gästen ist mit, das ist mein Restaurant

Sybillen-Ort

Königgrütz Straße 44, an Herrn Otto Alinde verkaufte habe. Für das mir bewiesene Wohlwollen bestens dankend, bitte ich, dieses auch auf meinen Nachfolger übertragen zu wollen. Hochachtend Eduard Gries.

Auf obiges Verges zu nehmend, verlässt ich einen mich beliebenden Publikum stell mit bestieglegten Preisen und nur prima Rüche aufzuwarten, und bitte um gütige Unterstüzung. B. 70] Hochachtend Otto Klimke.

Dresden-Neustadt, den 1. April 1914.

Englisch

Anfangs-Kursus.

Beginn: Donnerstag, 16. April

abends 10 1/2 Uhr

1/4 jährlich 5 Mark. [W.

Anmeldung bei der Deutschen Volksbildung - Vereins

Blaschmannstraße 18, 2, oder Standortskai, Serrestraße 2, 1.

Dresden.

Das ist um

irgendetwas zu machen.

Es heißt das

irgendetwas zu machen.

Das ist um

irgendetwas zu machen.

Sächsische Angelegenheiten.

Die Wohnungsnöt in Sachsen.

Zu den schwersten sozialen Nöten unserer Zeit gehört die Wohnungsnöt. Zu der Ausbeutung der Proletarier durch den Kapitalisten tritt noch die Ausbeutung durch den Haushalter. Nicht nur, daß die Mieten an sich zu hoch sind, sondern fortwährend wird der Proletarier durch Verhinderung der Wohnungsnöt in Sachsen betroffen. Schwer ertragene Lohnherabsetzungen werden ihm dadurch oft wieder genommen. Die Zeiten der Baumungsnötigkeit, die gerade in den dicht bebauten Gegenden aufzutreten, machen es den Haushaltern sehr leicht, die Kosten zu erhöhen. Damit geht ein Steigen der Bodenpreise nach, hohe Mieten zu erheben. In den Großstädten und Industriezentren hat gerade in den letzten Jahren häufig der Baumungsmangel einen solchen Umfang erreicht, daß auch kleinere Kreise, daß auch Staat und Gemeinden sich in eiligem Umfang gezwungen haben, sich mit der Wohnungsnötigkeit zu beschäftigen.

Das Königreich Sachsen ist der dichtbebautste Teil Deutschlands und so ist es eindrücklich, daß die Wohnungsnöt gerade hier einen sehr bedeutsamen Umfang annehmen. Deshalb hat in Sachsen die sogenannte gesetzliche Baunötigkeit, die nicht in erster Reihe die Erzielung eines möglichst hohen Gewinnes, sondern die reichliche Versorgung der Bevölkerung mit möglichst guten Wohnungen erfordert, eine gewisse Bedeutung erlangt. Eine eingehende Darstellung der gesetzlichen Baunötigkeit gibt ein soeben erschienenes von der Generalstelle für Wohnungsfürsorge im Königreich Sachsen in Verbindung mit dem Königlichen Landesamt herausgegebenes Werk: "Die gemeinsame Baunötigkeit im Königreich Sachsen". Vorigerungsabschluß Dr. jur. et phil. Max Rulz.

Rulz beschäftigt sich zunächst mit der Frage, ob in Sachsen überhaupt ein Bedürfnis nach einer gemeinschaftlichen Baunötigkeit vorhanden sei, eine Frage, die er an Hand von Zahlen, die die Statistik liefert, hat, ganz aufzuhören. In der Tat, was er über die Wohnungsnötigkeit in Sachsen berichtet, zeigt, daß vielleicht noch ganz unzureichende Rückschlüsse bestehen. Er stellt zunächst fest, daß Sachsen die Bebauungsziffer, das heißt, die Zahl der Personen, die auf ein Haus kommen, außerordentlich groß ist; sie beträgt nach der Wohnungszählung von 1910 für ganz Sachsen 12,15. In den Großstädten ist sie natürlich noch viel höher, z. B. in Leipzig 27,80, in Dresden 27,65, am höchsten ist sie mit 30,53 in Chemnitz. Hingegen beträgt zum Beispiel die Bebauungsziffer in Belgien, aus einem Lande mit überwiegender Industriebelastung nur 5,03, die hohen Bebauungsziffern würden ja noch nichts dafür aussagen, daß die Wohnungsnötigkeit besonders häufig ist, sie zeigen nur, daß ein großer Teil der Bevölkerung in Mietwohnungen wohnt. Aber die übrigen, von Rulz mitgeteilten Zahlen geben uns ein Bild davon, wie schlecht noch viele Sachsenwohnungen in Sachsen beschaffen sind. Die gesetzliche Landesamt veranlaßte Wohnungszählung von 1910, die den Angaben Rulzs zugrunde liegt, umfaßt 5 Städte, 5 Landgemeinden und außerdem mehrere ländliche Bezirke mit zusammen 432 Gemeinden. Von Prog. aller in der Zählung erfassten Wohnungen waren Kleinwohnungen, in ihnen waren 70 Prog. der Bevölkerung in Zweizimmerwohnungen mit 1 bis 2 Räumen angewiesen, 11 Prog. älter Wohnungen waren ohne Abort und 17,1 Prog. zu eigener Küche. 391 Wohnungen mit 1000 Bewohnern waren ohne jedes bezogene Zimmer, davon befanden sich 12 Wohnungen nicht einmal eine Küche. Seit der Wohnungszählung von 1905 ist in 17 Städten, für die ein Vergleich genommen werden konnte, insofern ein steiler Fortschritt eingetreten, als der Anteil der Zweizimmerwohnungen an der Gesamtheit der Wohnungen gefallen und die Notwendigkeit, so heißt die Zahl der Bewohner, die auf eine Wohnung kommen, etwas zurückgegangen ist, von 4,1 Bewohnern auf 4,0. Das ist der Anteil der Wohnungen, ohne Küche und Abort, das etwas verhindert, was wohl darauf zurückzuführen sein dürfte, daß die neuerrichteten Wohnungen regelmäßig mit Stoff und Küche versehen sind.

Dafür aber sind die Mieten bedeutend gestiegen, und zwar um durchschnittlich 14 Prog., also um ein Siebtel. Kann man an, daß ein Sechstel des früheren Einkommens der Miete aufgewandt wurde, was keineswegs immer ausreicht haben dürfte, so bedeutet eine Zunahme der Miete um ein Siebtel, daß ein Dreißigvierzigstel, also etwa 1/3 Prog. des früheren Einkommens mehr für Miete ausgeben werden mußte. Betrag des Einkommens 1200 M., so würde es um 30 M. gestiegen sein, falls die Mietsteigerung wieder ausgeglichen werden. Wie schwer es für den Proletarier ist, eine solche Erhöhung seines Einkommens zu ertragen, ist unseres Wissens ja gerade genug bekannt, und das kommt noch, daß gerade in den letzten Jahren die ständige etwaige Lohnherabsetzung den Arbeitern schon durch die allgemeine Steigerung der Lebensmittelpreise genommen worden sind. Rulz stellt fest, daß in 11 Orten, wo ein Verhältnis zwischen Miete und Einkommen möglich war, der Anteil des auf die Miete verwendeten Teils des Einkommens im Durchschnitt von 13,1 auf 13,7 gestiegen ist. Künftig man ein Sechstel des gesamten Einkommens als normale Mietaufwand an, so muß ein erheblicher Teil der Mieteter einen zu großen Teil des Einkommens für die Miete aufwenden; nur 1 Prog. der Wohnungsinhaber in diesen 11 Gemeinden kann mit dem Mietaufwand von unter 15 Prog. des Einkommens aus, 26,1 hätten mehr zahlen müssen. Dabei befindet sich unter diesen 11 Gemeinden keine Großstadt und man kann doch annehmen, daß dort die Mieteter in einer noch ungünstigeren Lage sind, denn gerade dort hat sich in den letzten Jahren ein erheblicher Wohnungsmangel gezeigt, besonders in Dresden und Leipzig, weniger in Chemnitz. Wohl wird im allgemeinen angenommen werden, daß ein Verhältnis von 10 Prog. Leermietungen notwendig ist, standen in Dresden im Jahre 1913 nur 0,90 Prog. aller Wohnungen leer, und in Leipzig nur 1,10 Prog. Sieht man nur die Kleinwohnungen im Stadtgebiet, so war der Prozentsatz der leerschenden Wohnungen noch geringer. Dieser Wohnungsmangel ist offenbar dadurch zu erklären, daß in den großen Städten, besonders in Dresden und Leipzig, die Baunötigkeit in den letzten Jahren bedeutend zurückgegangen ist. Während beispiel in Dresden in den Jahren 1903 und 1904 82 neu entstandene Wohnungen auf je 1000 Ein-

wohner kamen, so entstanden in den Jahren 1911 und 1912 nur 47 bzw. 38 neu entstandene Wohnungen auf je 1000 Einwohner, dabei war in der dazwischen liegenden Zeit die Zahl der neu entstandenen Wohnungen noch geringer. Wie eine von mir aufgestellte Tabelle geht, ist in Dresden und Leipzig der Wohnungsnötigkeit hinter der zunahme des Wohnungsbedarfs ganz bedeutend zurückgegangen. Es kann nach dem hier mitgeteilten kein Zweifel darüber sein, daß in Sachsen ein Eingreifen der gemeinschaftlichen Wohnungsnötigkeit dringend notwendig ist. Was in dieser Bezeichnung bisher geschieht ist, soll in zwei Artikeln über die gemeinschaftliche Wohnungsbau in Sachsen, dargelegt werden.

Lieberts Entlastung im Eisenbahntypus.

Ein Chemnitzer Blatt hatte vor mehreren Tagen angedeutungswise einen Vorschlag erwähnt, der sich vor der Sitzung in einem Eisenbahntypus auf der Fahrt nach Borna abgespielt hatte. Aus einer ergänzenden Mitteilung der Chemnitzer Volksstimme geht nun hervor, daß der Hauptvertreter dieser Partei, Herr Ende, ein, der Vorsitzende des Reichsverbandsgenossen selbst war. So ist über den Vorschlag nach glaubhaften Mitteilungen noch folgendes berichtet:

"Empört über den Ausgang der Hauptrahlung benutzte der Herr General, der eine glatte Wahl im ersten Wahlgang als Lohn seiner Bemühungen sicher erhofft hatte, eine Eisenbahnfahrt nach Borna dazu, um einen betroffenen Eisenbahner im Sturm sein Herz also auszuschütten: „Er sei jetzt jedem einzelnen Beamten nachgekrochen und habe ihnen die schmutzigen Hände gedrückt; zu den Herren auf den Postämtern sei er persönlich gegangen, um sie zu fragen, wieviel Gehalt sie noch wollten. Und jetzt wähle dieser ganze Plausch doch nationalliberal. Die werde man überhaupt nie bekommen können. Na, möglicherweise Nationalliberalen mit diesem Demokratengesetz glücklich werden.“

Als sich der Nationalheld a. D. also Lust gemacht hatte, erhob sich im Repräsentantenhaus ein Herr, der sich als — Herr Landtagsabgeordneter Ritschke, der durchfallen ist, eine gewisse Bedeutung mit möglichst guten Wohnungen erwartet, eine gewisse Bedeutung erlangt. Eine eingehende Darstellung der gesetzlichen Baunötigkeit gibt ein soeben erschienenes von der Generalstelle für Wohnungsfürsorge im Königreich Sachsen in Verbindung mit dem Königlichen Landesamt herausgegebenes Werk: "Die gemeinsame Baunötigkeit im Königreich Sachsen". Vorigerungsabschluß Dr. jur. et phil. Max Rulz.

Rulz beschäftigt sich zunächst mit der Frage, ob in Sachsen überhaupt ein Bedürfnis nach einer gemeinschaftlichen Baunötigkeit vorhanden sei, eine Frage, die er an Hand von Zahlen, die die Statistik liefert, hat, ganz aufzuhören. In der Tat, was er über die Wohnungsnötigkeit in Sachsen berichtet, zeigt, daß vielleicht noch ganz unzureichende Rückschlüsse bestehen. Er stellt zunächst fest, daß Sachsen die Bebauungsziffer, das heißt, die Zahl der Personen, die auf ein Haus kommen, außerordentlich groß ist;

so beträgt nach der Wohnungszählung von 1910 für ganz Sachsen 12,15. In den Großstädten ist sie natürlich noch viel höher, z. B. in Leipzig 27,80, in Dresden 27,65, am höchsten ist sie mit 30,53 in Chemnitz. Hingegen beträgt zum Beispiel die Bebauungsziffer in Belgien, aus einem Lande mit überwiegender Industriebelastung nur 5,03, die hohen Bebauungsziffern würden ja noch nichts dafür aussagen, daß die Wohnungsnötigkeit besonders häufig ist, sie zeigen nur, daß ein großer Teil der Bevölkerung in Mietwohnungen wohnt. Aber die übrigen, von Rulz mitgeteilten Zahlen geben uns ein Bild davon, wie schlecht noch viele Sachsenwohnungen in Sachsen beschaffen sind. Die gesetzliche Landesamt veranlaßte Wohnungszählung von 1910, die den Angaben Rulzs zugrunde liegt, umfaßt 5 Städte, 5 Landgemeinden und außerdem mehrere ländliche Bezirke mit zusammen 432 Gemeinden. Von Prog. aller in der Zählung erfassten Wohnungen waren Kleinwohnungen, in ihnen waren 70 Prog. der Bevölkerung in Zweizimmerwohnungen mit 1 bis 2 Räumen angewiesen,

11 Prog. älter Wohnungen waren ohne Abort und 17,1 Prog. zu eigener Küche. 391 Wohnungen mit 1000 Bewohnern waren ohne jedes bezogene Zimmer, davon befanden sich 12 Wohnungen nicht einmal eine Küche. Seit der Wohnungszählung von 1905 ist in 17 Städten, für die ein Vergleich genommen werden konnte, insofern ein steiler Fortschritt eingetreten, als der Anteil der Zweizimmerwohnungen an der Gesamtheit der Wohnungen gefallen und die Notwendigkeit, so heißt die Zahl der Bewohner, die auf eine Wohnung kommen, etwas zurückgegangen ist, von 4,1 Bewohnern auf 4,0. Das ist der Anteil der Wohnungen, ohne Küche und Abort, das etwas verhindert, was wohl darauf zurückzuführen sein dürfte, daß die neuerrichteten Wohnungen regelmäßig mit Stoff und Küche versehen sind.

Dafür aber sind die Mieten bedeutend gestiegen, und zwar um durchschnittlich 14 Prog., also um ein Siebtel. Kann man an, daß ein Sechstel des früheren Einkommens der Miete aufgewandt wurde, was keineswegs immer ausreicht haben dürfte, so bedeutet eine Zunahme der Miete um ein Siebtel, daß ein Dreißigvierzigstel, also etwa 1/3 Prog. des früheren Einkommens mehr für Miete ausgeben werden mußte. Betrag des Einkommens 1200 M., so würde es um 30 M. gestiegen sein, falls die Mietsteigerung wieder ausgeglichen werden. Wie schwer es für den Proletarier ist, eine solche Erhöhung seines Einkommens zu ertragen, ist unseres Wissens ja gerade genug bekannt, und das kommt noch, daß gerade in den letzten Jahren die ständige etwaige Lohnherabsetzung den Arbeitern schon durch die allgemeine Steigerung der Lebensmittelpreise genommen worden sind. Rulz stellt fest, daß in 11 Orten, wo ein Verhältnis zwischen Miete und Einkommen möglich war, der Anteil des auf die Miete verwendeten Teils des Einkommens im Durchschnitt von 13,1 auf 13,7 gestiegen ist. Künftig man ein Sechstel des gesamten Einkommens als normale Mietaufwand an, so muß ein erheblicher Teil der Mieteter einen zu großen Teil des Einkommens für die Miete aufwenden; nur 1 Prog. der Wohnungsinhaber in diesen 11 Gemeinden kann mit dem Mietaufwand von unter 15 Prog. des Einkommens aus, 26,1 hätten mehr zahlen müssen. Dabei befindet sich unter diesen 11 Gemeinden keine Großstadt und man kann doch annehmen, daß dort die Mieteter in einer noch ungünstigeren Lage sind, denn gerade dort hat sich in den letzten Jahren ein erheblicher Wohnungsmangel gezeigt, besonders in Dresden und Leipzig, weniger in Chemnitz. Wohl wird im allgemeinen angenommen werden, daß ein Verhältnis von 10 Prog. Leermietungen notwendig ist, standen in Dresden im Jahre 1913 nur 0,90 Prog. aller Wohnungen leer, und in Leipzig nur 1,10 Prog. Sieht man nur die Kleinwohnungen im Stadtgebiet, so war der Prozentsatz der leerschenden Wohnungen noch geringer. Dieser Wohnungsmangel ist offenbar dadurch zu erklären, daß in den großen Städten, besonders in Dresden und Leipzig, die Baunötigkeit in den letzten Jahren bedeutend zurückgegangen ist. Während beispiel in Dresden in den Jahren 1903 und 1904 82 neu entstandene Wohnungen auf je 1000 Ein-

wohner kamen, so entstanden in den Jahren 1911 und 1912 nur 47 bzw. 38 neu entstandene Wohnungen auf je 1000 Einwohner, dabei war in der dazwischen liegenden Zeit die Zahl der neu entstandenen Wohnungen noch geringer. Wie eine von mir aufgestellte Tabelle geht, ist in Dresden und Leipzig der Wohnungsnötigkeit hinter der zunahme des Wohnungsbedarfs ganz bedeutend zurückgegangen. Es kann nach dem hier mitgeteilten kein Zweifel darüber sein, daß in Sachsen ein Eingreifen der gemeinschaftlichen Wohnungsnötigkeit dringend notwendig ist. Was in dieser Bezeichnung bisher geschieht ist, soll in zwei Artikeln über die gemeinschaftliche Wohnungsbau in Sachsen, dargelegt werden.

Lichtenstein. In der letzten Stadtverordnetensitzung lag ein Antrag der bisherigen sozialdemokratischen Ortsgruppe für Aufhebung des heiligen Dreiklassentahrtsrechts, Einführung des allgemeinen gleichen Wahlrechts und Ausdehnung der Bürgerrechtsgleichheit vor. Die bürgerlichen Vertreter befürworteten diesen Antrag aufs festigste und brachten es so weit, daß er gegen die fünf sozialdemokratischen Stimmen abgelehnt wurde. Unsere Genossen stellten natürlich ihren Wunsch und legten den bürgerlichen Vertretern die Wahlfreiheit sehr und treffend. Eine vorbehaltlose Stellung nahm der fortgeschrittenen Führer, Pastor Ende, ein. Er empfahl bei der Beratung die Wieder einführung des allgemeinen Wahlrechts und die Befestigung der Bürgerrechtsgleichheit aufs wärmste. Vor der Abstimmung kam, entschiedigte sich Herr Ende und verließ den Sitzungssaal.

Stollberg. Die Unterschlagungen unseres verstorbenen Schlächtersdirektors lassen sich nun bis zum Jahre 1900 zurückführen. In der letzten Sitzung beschäftigten sich die Stadtverordneten erneut mit dieser Angelegenheit. Auf Antrag unserer Genossen wurde einstimmig beschlossen, die Höhe der Unregelmäßigkeiten durch einen vereidigten Revisor feststellen zu lassen, damit die Einwohnerchaft über die Angelegenheit genau unterrichtet wird. Diese Veruntreuungen stellte man anfangs als harmlose Vergehen hin, jetzt zeigt sich jedoch, daß davon keine Rede sein kann.

Plauen i. B. Der häftliche Verkauf von Hammel Fleisch wird nun voraussichtlich sein Ende finden müssen. Das Gesetz über die vorübergehende Röllereidichtung bei der Fleischseife vom 13. Februar 1912 trat mit dem 31. März 1914 ausser Kraft. Das nach diesem Tage an die Verbraucher abgesetzte Fleisch unterliegt wieder der Erhebung der vollen Röllerei von 27 bzw. 35 M. für den Doppelzentner. Der Verfall der Röllereidichtung bedeutet eine Verkürzung von 17 Pf. auf 8 Pfund.

kleine Nachrichten aus dem Saale. Einen schrecklichen Selbstmord verübte der Grundstücksbesitzer Jäger in Riebau, indem er in der Nähe des Bahnhofes Weihen in den gegen 2½ Uhr nachmittags durch Riedern fahrenden Leipzig-Dresdner Sonnenzug hineinrammte. Dabei wurde ihm der Kopf vom Rumpfe gerissen, so daß der Tod sofort eingetreten sein muß. Sicher die Toten verliefen, daß S. sich ein törichtes Vergehen aufzudrücken scheint. Nach einer dadurch entstandenen hässlichen Szene mögte der Alkohol zugrunde und daran die Tat verübt haben. Die Toten war etwa 60 Jahre alt. — Bei Ende des Monats März d. J. fand die eigene Röllereidichtung auf dem zum Zuge der Steinbockbauer vereinigten Historia die ihr Ende. Die alten weit gewordene Förderung bis zum stillenort, nach die damit verbundene Unregelmäßigkeit veranlaßte diese Maßnahme. Der Betrieb des Schmelzes bleibt jedoch stehen, nur die gewonnenen Röllerei müssen aus auf dem Ritterwerk Vertrauensfach gefördert und aufbereitet. — In Löbtau bei Oschatz wurde beim Gutsbesitzer Kühne ein Schubkarren verkehrt, bei dem die Tiefe 60 M. erachtet. In Brönig wurde bei der Bergungs- und Abbaustelle eingekrochen; der Verlust des Goldstrangs zu einem mißliche aber. Weitere Einschüsse wurden in den letzten Wochen in Riebau und Nobels verübt. Die Toten der Einbrecher war auch vier gering.

Stadt-Chronik.

Das alte Ständehaus in Dresden, seine Geschichte und künftige Verwendung.

Das alte Ständehaus an der König-Johann-Straße beim Landtag, das ein gut Teil sächsischer politischer Geschichte erlebt hat und seit dem Umzug des damaligen Dreiklassen-Landtages in das Gebäude an der Brühlischen Terrasse teilweise verwaist, so wie es ist, dem Verfall geweiht war, soll auf Beschluss der Stände wieder in neuem Glanz erstrahlen. Es soll umgebaut, fünfzig als staatliches Büro für eine Räumlichkeit gebaut, für die Kreis- und Amtsbaudienstlichkeit Verwendung finden. Über seine Geschichte liegt eine Regierungsschrift u. a. folgendes:

Das Ständehaus gehört zu den wenigen denkmälerwürdigen Bauwerken des Dresdner Barocks, die noch erhalten geblieben sind, denn mit Ausnahme des Wasserbaurathes Palais an der Brühlstraße, des Hofpalais an der Frauenstraße, des Kurfürstlichen Palais am Georgplatz, des Landhauses und einiger Privatbauten sind die wertvollen Denkmäler aus jener Zeit ingolden den zum Teil überreichen Verkehrs- und anderen Rücksichten zum Opfer gefallen. ... Das einzige stabile Monumentalgebäude, das in dieser Zeit des Dresdner Barocks und Rokoko 1714–75 gebaut wurde, ist das alte sächsische Landhaus in der Landhausstraße. Sein Erbauer Friedrich August Krumbacius (1718–90) war Schwerin-Langensund und entwidmete seinen Gründungen zu noch strenger Einschätzung im Sinne der Antike. Das Landhaus zeigt an der Schauseite ein durch zwei Eingänge durchgehendes Portal mit freitstellenden ionischen Säulen, an den Wänden gequaderte Kampfpfeiler mit ionischen Pilastern. Vom ersten Stockwerk aus ist das Ständehaus durch das ganze Gebäude gehende Treppenkabinett, das größte der ganzen Stadt. Man trent sich der kreisförmigen schmiedeeisernen Türen an den Treppenbrüggen und Treppengläsern, des Hofsbrunnens von Christof Knobelsdorff aus dem Jüngeren und endlich des sächsischen Hutes selbst. Krumbacius hatte ursprünglich noch französisches Vorbild einer Rücksicht geplant; da sie nicht ausgeführt wurden, ist der Hof, der sich nach der König-Johann-Straße öffnet, noch geräumiger geworden und bildet eine reizvolle Unterbrechung der langen Häuserzeile dieser Straße. Der heruntergegangene Teil des alten Landhauses ist das imposante Treppenhaus, welches sich hinter den von zwei kleinen Säulen getrennten Vorhalle öffnet. Die breite bekannte Doppeltreppe, welche sich im langen Aufgang bis ins zweite Geschoss emporwindet, die großartigen mobilierten Abgänge, die reizvollen Räume des Geländers, welche eben von laterneartigen Putten begrenzt werden; dies alles trug zu der monumentalen Wirkung des Treppenhauses bei. ... Die Staatsregierung hält die Erhaltung des alten Landhauses nicht nur aus rein künstlerischen, sondern auch aus ideellen Interessen für nötig und bewirkt noch dazu:

Das Gebäude soll errichtet werden als Gymnasium für die alten Landstände und nahm zugleich die oberste sächsische Schule, das Oberseminarologium, auf. In seinen Räumen finden die denkmälerwürdigen Verbundungen über die Fachakademie und das Landesmuseum statt, durch die Galerien in die Reihe der Institutionen Sachsen treten. Nach Einweihung des neuen Gebäudes dient der Bau als Parlamentsgebäude für die beiden Kamänen des sächsischen Landtages und als Unterkunft für die Staatschuldenverwaltung. Zu diesem

am Mittwoch nachmittag das sieben Jahre alte Mädchen einen Schlag in die Elbe und wäre zweitlos ertrunken, wenn nicht der zufällig des Weges kommende Bäckerjunge aus Großröhrsdorf, schnell entschlossen, in voller Kleidung dem schon weit in der Mitte des Stromes treibenden Kind nachgekommen wäre und es lebend ans Land gebracht hätte.

Die Stadtverordneten halten diese Woche keine Sitzung ab. Ob sie in der Osterwoche tagen, ist noch unbestimmt.

Die Steuerzettel für 1914 werden in den beiden Wochen nach Oster den Steuerpflichtigen zugestellt werden. Nachdem die Stadtverordneten in ihrer letzten Sitzung dem Vorholz des Finanzausschusses für 1914 wiederum, wie in den Vorjahren, 76 Prozent Gemeinde-Einkommen neu zu erheben, einmütig zugestimmt haben, werden die Steuerzettel bis spätestens Ende April allen Steuerpflichtigen eingehandelt werden.

Naturkundelausstellung. Die vom Landesverein Sachsischer Heimatforschung veranstaltete Ausstellung über Naturkunde am Sonntag von 11 bis 1 Uhr bei freiem Eintritt im Ratskeller des neuen Rathauses geöffnet. Die Ausstellung dauert bis 20. April und ist wochentags von 9 bis 1 Uhr geöffnet. Die Sammlung gibt einen Überblick über die gesamte sächsische Naturkundbewegung auf botanischem, zoologischem und geologischem Gebiete.

Neuer Film bei Carrasani. Im Kino wird während der Osterwoche das Filmmwerk *Die Kinder des Kapitäns Grant* gegeben. Vor vierzig Jahren schrieb Jules Verne diesen großen Weltreisefilm. Es werden täglich drei Aufführungen stattfinden. Für die Jugend ist der Film freigegeben worden.

Im Amt für obdachlose Männer, Mühlstraße 11, werden im März 1334 Personen aufgenommen, und zwar für Beleidigung des Alters 921 Personen, von denen 129 bedürftig, für Beleidigung des jüdischen Armenamts 413 Personen, von denen 89 bedürftig.

Betriebsstörung im Elektrizitätswerk. Am Sonnabend gegen 7½ Uhr entstand in dem elektrischen Licht- und Kraftwerk Wettinerplatz infolge Maschineneinfahrt eine Betriebsstörung, die die gesamte Lichtzufuhr in der Altstadt vorübergehend unterband. Der Schaden konnte nach etwa 8 Minuten wieder beendet werden.

4. Kreis. Für die Genossinnen findet Mittwoch den 8. April, abends 9 Uhr, im Deutschen Haus, Großenhainer Straße, ein Frauen-Diskussionsabend statt. Vortragsthema: Wie können wir die Frauen und Mädchen? Dann wird der Jahresbericht gelesen und die Neuwahlen vorgenommen. Pflicht einer jeden Genossin ist es, dort zu erscheinen.

Aus der Umgebung.

Zwenkau-Neustadt. Morgen Dienstag, abends 7½ Uhr, öffentliche Gemeinderatssitzung im Rathauszimmersaal.

Niedersedlitz. (Gemeinderatssbericht vom 31. März.) Vor Eintritt in die Tagesordnung dankt der Genossen Kühn für die Ehrungen, die ihm von Seiten des Kollegiums anlässlich seines 50jährigen Ehrenbildungsamtes erteilt wurden. Mitgeteilt wird, daß der Gas- und Stromlieferungs-Vertrag mit der Stadt Dresden immer noch der Beurkundung der Vorgesetzten Behörde vorliegt und wir dadurch immer noch auf die billigeren Preise verzichten müssen. Der Antrag von weiteren zwei Doppelwohnhäusern von Seiten der Genossenschaft Dresden-Land wird unter den bisherigen Bedingungen zugestellt. Zur Beleidigung einer freiwerdenden Lehrerstelle (ein guter Soldner wurde gefordert) sind 94 Bewerbungen eingegangen. Dem Schulvorstand wurden zur Wahl folgende Herren vorgebracht: Hainold, Briesenitz, Grimm, Burkau, Franke, Niederneukirch. Gegen die von der Reichskantonschaft festgesetzten Entschädigungsätze für das Landesamt Leuben hat die Gemeinde Leuben Refus erobten. Es wird beschlossen, da die Sache als sehr angemessen zu betrachten sei (3 Jahre je 50 M. und 17 Jahre je 25 M.), nichts mehr hinzuzubilligen und die Entscheidung der Oberförsterei zu überlassen. Bei der Vergabe von weiteren kleinen Nebenkosten an der Lugaer Straße ohne Auszeichnung an den Gemeinderäte Höhlich zu seinen Einheitsfächern entspann sich eine heftige Debatte. Schließlich wurde der Vertrag gegen zwei Stimmen zugestimmt. Höhlich wäre berechtigt gewesen, ohne weiteres die Lugaer Straße zu sperren, um seine Arbeiten weiterführen zu können, denn Bauten wären dadurch die Auffuhr von Materialien abgeschnitten worden und die bereits fertiggestellten Wohnungen hätten nicht fertiggestellt werden können.

Dörschna. Von einem hohen Geissen, den sie erlitten hatten, flüchten die elf- bzw. neunjährigen Knaben Waller und Becker ab und waren sofort tot.

Dippoldiswalde. In der letzten Stadtverordnetensitzung bewilligte man 100 M. für ein vorläufiges Projekt am 19. Juli vom Allgemeinen Handwerkerverein Dresden zu veranstaltendes Marktfest. Weiter beschloß man, die in den städtischen Kosten befindlichen Wertsteine zu versichern, was nur bis zu einer gewissen Summe, dagegen will man eine Versicherung gegen Rassentaub und gegen Verbrauch des Haushalts eingehen; über die zu zahlenden Prämien hierfür sollen noch Erfundungen eingeholt werden. Schon mehrmals hat man sich mit der Privatwohnstraße am Bahnhof beschäftigt, was deshalb, weil die Straße nicht nach den gegebenen Plänen angelegt wäre. Der Baumeister Alois hat dies allerdings immer bestritten, und wenn wirklich einige Abweichungen vorgekommen seien, so könne auch er am allgemeinen dafür. Die Straße istheimerzeit von Alois an einen Bauunternehmer vergeben worden, die Überleitung des Baues hatte aber trotzdem der bloße Stadtrat Alois in Händen, und hätte dieser wohl schon während des Krieges leben müssen, doch von seiner Zeichnung abgewichen. Aber erst nachdem die Straße fertig war, bat man den Fehler gesehen. Auch in der Stadtverordnetensitzung ist man der Meinung, daß der Fehler doch wohl nur an der Überleitung liegt. Es wird nun hierbei beschlossen, die Straße abzuändern, und zwar durch die biegsigen Gemeindearbeiter; der Baumeister Alois aber hat sich erboten, einiges Material dazu zu liefern. Da jetzt nun bereits mit der Verlegung der Albenauer Straße begonnen worden ist, möcht man auch die Anlegung von Fußbahnen zu beiden Seiten der Straße nötig; diese sind bereits auch schon beschlossen. Die Bevölkerung des Weitniftes aber will dennoch einen Fußweg

langs des Stiftes nicht anlegen lassen; es wird dies mit sehr fragwürdigen Gründen seitens des Kantschauptmanns begründet. Das Kollegium ist aber in der Mehrzahl anderer Meinung und beschließt, daß auch der Fußweg am Weitnift entlang gebaut werden soll, denn es würde wohl doch nur ein Blühdorf, wenn in der Mitte der Straße und des Fußweges nur einmal an einem Grundstück entlang der Rückweg führt und nur ein ganz gewöhnlicher Chauffeuroben kann befinden. Ferner wurde vorgeschlagen, das Gemindeamt erneut in einer Riedung zu unterziehen, und zwar soll auf Vorschlag des Finanzausschusses die Grundsteuer von 8 auf 10 M. für die Steuererhebung erhöht werden, dagegen sollen die Beliebtheitsabgaben um 1 Prozent erhöht werden, die Ein kommensteuer hingegen soll nach Bedarf festgesetzt werden, ungefähr auf 120 Prozent. Die Kaufleute, Bürger- und Gewerbevertreter hingegen sollen von 1915 an in Wegfall kommen, ebenso sollen von 1915 an die genannten Steuern auf den neuen Gütern erhoben werden. Gemünzt wurde von verschiedenen Seiten, bei der Berechnung der Grundsteuer einen anderen Modus einzuführen, und zwar deshalb, weil die Berechnung nach Einheiten nicht gerecht sei, da hierdurch neue Grundstücke zu sehr belastet werden könnten, während die alten Grundstücke dabei zu gut wegkommen.

Wildbrust. Eine Massenbelästigungslage kam vor dem hiesigen Sachsengericht gegen acht Einwohner aus dem benachbarten Ort Tora zur Verhandlung. Es handelte sich dabei um ein Gericht über angeklagte Beleidigungen des dortigen Dorfschäfers Große zu seiner Tochter. Nach langer Verhandlung wurde einer der Beschuldigten zu 14 Tagen Gefängnis verurteilt, während die anderen ihren Angeklagten Geldstrafen von 50 bis 800 M. erhielten.

Wildbrust. Die Untersuchungslage des früheren Katastregators Engelmann, dessen Verhaftung vor seinerseit melde, stellen sich viel größer heraus, als vermutet worden ist. Nach einem Bericht des Bürgermeisters Müller sind durch den vereidigten Bürgerrevisor Preysch im Rappien Vermögensaufnahme in Höhe von 22 850,10 M. bereits ermittelt worden. Diese Summe dürfte sich aber noch erhöhen, da die Prüfungen noch fortgesetzt werden. Engelmann berichtete die Untersuchungen seit 1907 in äußerst raffinierter Weise. Der

Rechtsausschuß berichtet. Die Haftungen werden sofort zur Bezahlung der Gehälter vernichtet. Die vielfältige Verhandlung, zu der 25 Zeugen vernommen wurden, endete mit der Verurteilung des Angeklagten zu 1 Jahr 4 Monaten Gefängnis und 3 Jahren Arbeitsdienst.

Schöffengericht.

Urteile der Kriminalität.

Die Arbeiterin Clara Berndt, 21, wurde in der Arbeitsanstalt untergebracht, weil sie für ihr uneheliches Kind nicht genügend sorgte. Am 4. Februar wurde sie mit wunden Füßen aus der Anstalt entlassen. Ihr Vater nahm sie auf, weil sie arbeitsunfähig war. Da er aber selbst mit ihrem Fleisch reden mußte, was das Mädchen nach drei Wochen genötigt, ein anderes Unterkommen zu suchen. Es kostete sehr bald Arbeit zu erhalten, doch bald mußte das Mädchen ins Werk gehen, das Vater gar nicht so leicht ist. Ohne einen Hemmungslosen mißte es sich bei einer Frau Kopf ein, welche sie bestrafte, wenn sie und früher einige Tage nichts gegeben hatte, täte sie eines Abends ab. Sie entwendete dabei der ihr ihrer Wirtin wohrenden Steuer Stephan ein Bettzeug mit 6 M., lasse sich davon etwas zu essen und blieb einige Tage in einem Hotel. Vorher hatte sie von ihrem Vater einige Male 5 M. Unterdrückung erhalten, wovon sie die bestreiteten Bedürfnisse deckte und ihre Schuhe reparieren ließ. Am 10. März meinte sie sich bei einer Frau Kopf ein, welche sie bestrafte, wenn sie etwas verloren habe. Jetzt hat sie die Wohnung, Arbeit zu erhalten, schwören kann und kann einige Tage nichts gegeben hatte, täte sie eines Abends ab. Sie entwendete dabei der ihr ihrer Wirtin wohrenden Steuer Stephan ein Bettzeug mit 6 M., lasse sich davon etwas zu essen und blieb einige Tage in einem Hotel. Vorher hatte sie von ihrem Vater einige Male 5 M. Unterdrückung erhalten, wovon sie die bestreiteten Bedürfnisse deckte und ihre Schuhe reparieren ließ. Am 10. März meinte sie sich bei einer Frau Kopf ein, welche sie bestrafte, wenn sie etwas verloren habe. Jetzt hat sie die Wohnung, Arbeit zu erhalten, schwören kann und kann einige Tage nichts gegeben hatte, täte sie eines Abends ab. Sie entwendete dabei der ihr ihrer Wirtin wohrenden Steuer Stephan ein Bettzeug mit 6 M., lasse sich davon etwas zu essen und blieb einige Tage in einem Hotel. Vorher hatte sie von ihrem Vater einige Male 5 M. Unterdrückung erhalten, wovon sie die bestreiteten Bedürfnisse deckte und ihre Schuhe reparieren ließ. Am 10. März meinte sie sich bei einer Frau Kopf ein, welche sie bestrafte, wenn sie etwas verloren habe. Jetzt hat sie die Wohnung, Arbeit zu erhalten, schwören kann und kann einige Tage nichts gegeben hatte, täte sie eines Abends ab. Sie entwendete dabei der ihr ihrer Wirtin wohrenden Steuer Stephan ein Bettzeug mit 6 M., lasse sich davon etwas zu essen und blieb einige Tage in einem Hotel. Vorher hatte sie von ihrem Vater einige Male 5 M. Unterdrückung erhalten, wovon sie die bestreiteten Bedürfnisse deckte und ihre Schuhe reparieren ließ. Am 10. März meinte sie sich bei einer Frau Kopf ein, welche sie bestrafte, wenn sie etwas verloren habe. Jetzt hat sie die Wohnung, Arbeit zu erhalten, schwören kann und kann einige Tage nichts gegeben hatte, täte sie eines Abends ab. Sie entwendete dabei der ihr ihrer Wirtin wohrenden Steuer Stephan ein Bettzeug mit 6 M., lasse sich davon etwas zu essen und blieb einige Tage in einem Hotel. Vorher hatte sie von ihrem Vater einige Male 5 M. Unterdrückung erhalten, wovon sie die bestreiteten Bedürfnisse deckte und ihre Schuhe reparieren ließ. Am 10. März meinte sie sich bei einer Frau Kopf ein, welche sie bestrafte, wenn sie etwas verloren habe. Jetzt hat sie die Wohnung, Arbeit zu erhalten, schwören kann und kann einige Tage nichts gegeben hatte, täte sie eines Abends ab. Sie entwendete dabei der ihr ihrer Wirtin wohrenden Steuer Stephan ein Bettzeug mit 6 M., lasse sich davon etwas zu essen und blieb einige Tage in einem Hotel. Vorher hatte sie von ihrem Vater einige Male 5 M. Unterdrückung erhalten, wovon sie die bestreiteten Bedürfnisse deckte und ihre Schuhe reparieren ließ. Am 10. März meinte sie sich bei einer Frau Kopf ein, welche sie bestrafte, wenn sie etwas verloren habe. Jetzt hat sie die Wohnung, Arbeit zu erhalten, schwören kann und kann einige Tage nichts gegeben hatte, täte sie eines Abends ab. Sie entwendete dabei der ihr ihrer Wirtin wohrenden Steuer Stephan ein Bettzeug mit 6 M., lasse sich davon etwas zu essen und blieb einige Tage in einem Hotel. Vorher hatte sie von ihrem Vater einige Male 5 M. Unterdrückung erhalten, wovon sie die bestreiteten Bedürfnisse deckte und ihre Schuhe reparieren ließ. Am 10. März meinte sie sich bei einer Frau Kopf ein, welche sie bestrafte, wenn sie etwas verloren habe. Jetzt hat sie die Wohnung, Arbeit zu erhalten, schwören kann und kann einige Tage nichts gegeben hatte, täte sie eines Abends ab. Sie entwendete dabei der ihr ihrer Wirtin wohrenden Steuer Stephan ein Bettzeug mit 6 M., lasse sich davon etwas zu essen und blieb einige Tage in einem Hotel. Vorher hatte sie von ihrem Vater einige Male 5 M. Unterdrückung erhalten, wovon sie die bestreiteten Bedürfnisse deckte und ihre Schuhe reparieren ließ. Am 10. März meinte sie sich bei einer Frau Kopf ein, welche sie bestrafte, wenn sie etwas verloren habe. Jetzt hat sie die Wohnung, Arbeit zu erhalten, schwören kann und kann einige Tage nichts gegeben hatte, täte sie eines Abends ab. Sie entwendete dabei der ihr ihrer Wirtin wohrenden Steuer Stephan ein Bettzeug mit 6 M., lasse sich davon etwas zu essen und blieb einige Tage in einem Hotel. Vorher hatte sie von ihrem Vater einige Male 5 M. Unterdrückung erhalten, wovon sie die bestreiteten Bedürfnisse deckte und ihre Schuhe reparieren ließ. Am 10. März meinte sie sich bei einer Frau Kopf ein, welche sie bestrafte, wenn sie etwas verloren habe. Jetzt hat sie die Wohnung, Arbeit zu erhalten, schwören kann und kann einige Tage nichts gegeben hatte, täte sie eines Abends ab. Sie entwendete dabei der ihr ihrer Wirtin wohrenden Steuer Stephan ein Bettzeug mit 6 M., lasse sich davon etwas zu essen und blieb einige Tage in einem Hotel. Vorher hatte sie von ihrem Vater einige Male 5 M. Unterdrückung erhalten, wovon sie die bestreiteten Bedürfnisse deckte und ihre Schuhe reparieren ließ. Am 10. März meinte sie sich bei einer Frau Kopf ein, welche sie bestrafte, wenn sie etwas verloren habe. Jetzt hat sie die Wohnung, Arbeit zu erhalten, schwören kann und kann einige Tage nichts gegeben hatte, täte sie eines Abends ab. Sie entwendete dabei der ihr ihrer Wirtin wohrenden Steuer Stephan ein Bettzeug mit 6 M., lasse sich davon etwas zu essen und blieb einige Tage in einem Hotel. Vorher hatte sie von ihrem Vater einige Male 5 M. Unterdrückung erhalten, wovon sie die bestreiteten Bedürfnisse deckte und ihre Schuhe reparieren ließ. Am 10. März meinte sie sich bei einer Frau Kopf ein, welche sie bestrafte, wenn sie etwas verloren habe. Jetzt hat sie die Wohnung, Arbeit zu erhalten, schwören kann und kann einige Tage nichts gegeben hatte, täte sie eines Abends ab. Sie entwendete dabei der ihr ihrer Wirtin wohrenden Steuer Stephan ein Bettzeug mit 6 M., lasse sich davon etwas zu essen und blieb einige Tage in einem Hotel. Vorher hatte sie von ihrem Vater einige Male 5 M. Unterdrückung erhalten, wovon sie die bestreiteten Bedürfnisse deckte und ihre Schuhe reparieren ließ. Am 10. März meinte sie sich bei einer Frau Kopf ein, welche sie bestrafte, wenn sie etwas verloren habe. Jetzt hat sie die Wohnung, Arbeit zu erhalten, schwören kann und kann einige Tage nichts gegeben hatte, täte sie eines Abends ab. Sie entwendete dabei der ihr ihrer Wirtin wohrenden Steuer Stephan ein Bettzeug mit 6 M., lasse sich davon etwas zu essen und blieb einige Tage in einem Hotel. Vorher hatte sie von ihrem Vater einige Male 5 M. Unterdrückung erhalten, wovon sie die bestreiteten Bedürfnisse deckte und ihre Schuhe reparieren ließ. Am 10. März meinte sie sich bei einer Frau Kopf ein, welche sie bestrafte, wenn sie etwas verloren habe. Jetzt hat sie die Wohnung, Arbeit zu erhalten, schwören kann und kann einige Tage nichts gegeben hatte, täte sie eines Abends ab. Sie entwendete dabei der ihr ihrer Wirtin wohrenden Steuer Stephan ein Bettzeug mit 6 M., lasse sich davon etwas zu essen und blieb einige Tage in einem Hotel. Vorher hatte sie von ihrem Vater einige Male 5 M. Unterdrückung erhalten, wovon sie die bestreiteten Bedürfnisse deckte und ihre Schuhe reparieren ließ. Am 10. März meinte sie sich bei einer Frau Kopf ein, welche sie bestrafte, wenn sie etwas verloren habe. Jetzt hat sie die Wohnung, Arbeit zu erhalten, schwören kann und kann einige Tage nichts gegeben hatte, täte sie eines Abends ab. Sie entwendete dabei der ihr ihrer Wirtin wohrenden Steuer Stephan ein Bettzeug mit 6 M., lasse sich davon etwas zu essen und blieb einige Tage in einem Hotel. Vorher hatte sie von ihrem Vater einige Male 5 M. Unterdrückung erhalten, wovon sie die bestreiteten Bedürfnisse deckte und ihre Schuhe reparieren ließ. Am 10. März meinte sie sich bei einer Frau Kopf ein, welche sie bestrafte, wenn sie etwas verloren habe. Jetzt hat sie die Wohnung, Arbeit zu erhalten, schwören kann und kann einige Tage nichts gegeben hatte, täte sie eines Abends ab. Sie entwendete dabei der ihr ihrer Wirtin wohrenden Steuer Stephan ein Bettzeug mit 6 M., lasse sich davon etwas zu essen und blieb einige Tage in einem Hotel. Vorher hatte sie von ihrem Vater einige Male 5 M. Unterdrückung erhalten, wovon sie die bestreiteten Bedürfnisse deckte und ihre Schuhe reparieren ließ. Am 10. März meinte sie sich bei einer Frau Kopf ein, welche sie bestrafte, wenn sie etwas verloren habe. Jetzt hat sie die Wohnung, Arbeit zu erhalten, schwören kann und kann einige Tage nichts gegeben hatte, täte sie eines Abends ab. Sie entwendete dabei der ihr ihrer Wirtin wohrenden Steuer Stephan ein Bettzeug mit 6 M., lasse sich davon etwas zu essen und blieb einige Tage in einem Hotel. Vorher hatte sie von ihrem Vater einige Male 5 M. Unterdrückung erhalten, wovon sie die bestreiteten Bedürfnisse deckte und ihre Schuhe reparieren ließ. Am 10. März meinte sie sich bei einer Frau Kopf ein, welche sie bestrafte, wenn sie etwas verloren habe. Jetzt hat sie die Wohnung, Arbeit zu erhalten, schwören kann und kann einige Tage nichts gegeben hatte, täte sie eines Abends ab. Sie entwendete dabei der ihr ihrer Wirtin wohrenden Steuer Stephan ein Bettzeug mit 6 M., lasse sich davon etwas zu essen und blieb einige Tage in einem Hotel. Vorher hatte sie von ihrem Vater einige Male 5 M. Unterdrückung erhalten, wovon sie die bestreiteten Bedürfnisse deckte und ihre Schuhe reparieren ließ. Am 10. März meinte sie sich bei einer Frau Kopf ein, welche sie bestrafte, wenn sie etwas verloren habe. Jetzt hat sie die Wohnung, Arbeit zu erhalten, schwören kann und kann einige Tage nichts gegeben hatte, täte sie eines Abends ab. Sie entwendete dabei der ihr ihrer Wirtin wohrenden Steuer Stephan ein Bettzeug mit 6 M., lasse sich davon etwas zu essen und blieb einige Tage in einem Hotel. Vorher hatte sie von ihrem Vater einige Male 5 M. Unterdrückung erhalten, wovon sie die bestreiteten Bedürfnisse deckte und ihre Schuhe reparieren ließ. Am 10. März meinte sie sich bei einer Frau Kopf ein, welche sie bestrafte, wenn sie etwas verloren habe. Jetzt hat sie die Wohnung, Arbeit zu erhalten, schwören kann und kann einige Tage nichts gegeben hatte, täte sie eines Abends ab. Sie entwendete dabei der ihr ihrer Wirtin wohrenden Steuer Stephan ein Bettzeug mit 6 M., lasse sich davon etwas zu essen und blieb einige Tage in einem Hotel. Vorher hatte sie von ihrem Vater einige Male 5 M. Unterdrückung erhalten, wovon sie die bestreiteten Bedürfnisse deckte und ihre Schuhe reparieren ließ. Am 10. März meinte sie sich bei einer Frau Kopf ein, welche sie bestrafte, wenn sie etwas verloren habe. Jetzt hat sie die Wohnung, Arbeit zu erhalten, schwören kann und kann einige Tage nichts gegeben hatte, täte sie eines Abends ab. Sie entwendete dabei der ihr ihrer Wirtin wohrenden Steuer Stephan ein Bettzeug mit 6 M., lasse sich davon etwas zu essen und blieb einige Tage in einem Hotel. Vorher hatte sie von ihrem Vater einige Male 5 M. Unterdrückung erhalten, wovon sie die bestreiteten Bedürfnisse deckte und ihre Schuhe reparieren ließ. Am 10. März meinte sie sich bei einer Frau Kopf ein, welche sie bestrafte, wenn sie etwas verloren habe. Jetzt hat sie die Wohnung, Arbeit zu erhalten, schwören kann und kann einige Tage nichts gegeben hatte, täte sie eines Abends ab. Sie entwendete dabei der ihr ihrer Wirtin wohrenden Steuer Stephan ein Bettzeug mit 6 M., lasse sich davon etwas zu essen und blieb einige Tage in einem Hotel. Vorher hatte sie von ihrem Vater einige Male 5 M. Unterdrückung erhalten, wovon sie die bestreiteten Bedürfnisse deckte und ihre Schuhe reparieren ließ. Am 10. März meinte sie sich bei einer Frau Kopf ein, welche sie bestrafte, wenn sie etwas verloren habe. Jetzt hat sie die Wohnung, Arbeit zu erhalten, schwören kann und kann einige Tage nichts gegeben hatte, täte sie eines Abends ab. Sie entwendete dabei der ihr ihrer Wirtin wohrenden Steuer Stephan ein Bettzeug mit 6 M., lasse sich davon etwas zu essen und blieb einige Tage in einem Hotel. Vorher hatte sie von ihrem Vater einige Male 5 M. Unterdrückung erhalten, wovon sie die bestreiteten Bedürfnisse deckte und ihre Schuhe reparieren ließ. Am 10. März meinte sie sich bei einer Frau Kopf ein, welche sie bestrafte, wenn sie etwas verloren habe. Jetzt hat sie die Wohnung, Arbeit zu erhalten, schwören kann und kann einige Tage nichts gegeben hatte, täte sie eines Abends ab. Sie entwendete dabei der ihr ihrer Wirtin wohrenden Steuer Stephan ein Bettzeug mit 6 M., lasse sich davon etwas zu essen und blieb einige Tage in einem Hotel. Vorher hatte sie von ihrem Vater einige Male 5 M. Unterdrückung erhalten, wovon sie die bestreiteten Bedürfnisse deckte und ihre Schuhe reparieren ließ. Am 10. März meinte sie sich bei einer Frau Kopf ein, welche sie bestrafte, wenn sie etwas verloren habe. Jetzt hat sie die Wohnung, Arbeit zu erhalten, schwören kann und kann einige Tage nichts gegeben hatte, täte sie eines Abends ab. Sie entwendete dabei der ihr ihrer Wirtin wohrenden Steuer Stephan ein Bettzeug mit 6 M., lasse sich davon etwas zu essen und blieb einige Tage in einem Hotel. Vorher hatte sie von ihrem Vater einige Male 5 M. Unterdrückung erhalten, wovon sie die bestreiteten Bedürfnisse deckte und ihre Schuhe reparieren ließ. Am 10. März meinte sie sich bei einer Frau Kopf ein, welche sie bestrafte, wenn sie etwas verloren habe. Jetzt hat sie die Wohnung, Arbeit zu erhalten, schwören kann und kann einige Tage nichts gegeben hatte, täte sie eines Abends ab. Sie entwendete dabei der ihr ihrer Wirtin wohrenden Steuer Stephan ein Bettzeug mit 6 M., lasse sich davon etwas zu essen und blieb einige Tage in einem Hotel. Vorher hatte sie von ihrem Vater einige Male 5 M. Unterdrückung erhalten, wovon sie die bestreiteten Bedürfnisse deckte und ihre Schuhe reparieren ließ. Am 10. März meinte sie sich bei einer Frau Kopf ein, welche sie bestrafte, wenn sie etwas verloren habe. Jetzt hat sie die Wohnung, Arbeit zu erhalten, schwören kann und kann einige Tage nichts gegeben hatte, täte sie eines Abends ab. Sie entwendete dabei der ihr ihrer Wirtin wohrenden Steuer Stephan ein Bettzeug mit 6 M., lasse sich davon etwas zu essen und blieb einige Tage in einem Hotel. Vorher hatte sie von ihrem Vater einige Male 5 M. Unterdrückung erhalten, wovon sie die bestreiteten Bedürfnisse deckte und ihre Schuhe reparieren ließ. Am 10. März meinte sie sich bei einer Frau Kopf ein, welche sie bestrafte, wenn sie etwas verloren habe. Jetzt hat sie die Wohnung, Arbeit zu erhalten, schwören kann und kann einige Tage nichts gegeben hatte, täte sie eines Abends ab. Sie entwendete dabei der ihr ihrer Wirtin wohrenden Steuer Stephan ein Bettzeug mit 6 M., lasse sich davon etwas zu essen und blieb einige Tage in einem Hotel. Vorher hatte sie von ihrem Vater einige Male 5 M. Unterdrückung erhalten, wovon sie die bestreiteten Bedürfnisse deckte und ihre Schuhe reparieren ließ. Am 10. März meinte sie sich bei einer Frau Kopf ein, welche sie bestrafte, wenn sie etwas verloren habe. Jetzt hat sie die Wohnung, Arbeit zu erhalten, schwören kann und kann einige Tage nichts gegeben hatte, täte sie eines Abends ab. Sie entwendete dabei der ihr ihrer Wirtin wohrenden Steuer Stephan ein Bettzeug mit 6 M., lasse sich davon etwas zu essen und blieb einige Tage in einem Hotel. Vorher hatte sie von ihrem Vater einige Male 5 M. Unterdrückung erhalten, wovon sie die bestreiteten Bedürfnisse deckte und ihre Schuhe reparieren ließ. Am 10. März meinte sie sich bei einer Frau Kopf ein, welche sie bestrafte, wenn sie etwas verloren habe. Jetzt hat sie die Wohnung, Arbeit zu erhalten, schwören kann und kann einige Tage nichts gegeben hatte, täte sie eines Abends ab. Sie entwendete dabei der ihr ihrer Wirt

Parteiangelegenheiten.

Aufzögendes Urteil.

Wie in vielen Parteibuchhandlungen, so war auch in der Buchhandlung der Rheinischen Zeitung in Köln die Broschüre „Arbeiter und Arbeiterschaft“ beschafft worden, und die Kölner Straf-

fammer verurteilte den verantwortlichen Expedienten **Veder** wegen angeblicher Verbreitung unsittlicher Schriften zu einer Geldstrafe von 20 M. Wenn auch das Urteil zu hoch in den Kreisgründen, nicht in der Wirklichkeit gefallen sei, die Geschichtsschule zu reisen, sondern einen Spülapparat empfehl, so kann es doch natürlich in die Hände verheirateter und unverheirateter Personen, die durch die Presse nur ihre Unsterblichkeit zeigen wollten. Der Angeklagte müsse dieses Charakter

der Schrift gekannt haben. — Das Reichsgericht erhält die Revision **Veders** für ungünstig, hat aber zugestimmt, daß die ehemalige Unzulässigkeit in seiner That bestanden habe, da der Reichskanzler bestand, daß das Kölner Vorsatzblatt ein Buch der Unzulässigkeit verkannt habe; es hätte die Herstellung infam seien, doch die Sache das im Volle bestehende Scham- und Einmischungsprinzip im geschlechtlichen Beziehungen verfehlt.

Von Montag bis Sonnabend Billige Lebensmittel

für die Feiertage

Gemüse-Konserven	
Zangenpürgel, dünn	95,-
Zangenpürgel, mittel	1.30
Gemüse-Erbse	38,-
Junge Erbsen	42,-
Junge Erbsen, fein	80,-
Junge Erbsen, extrafein	1.00
Brechspürgel, dünn, mit Röpfen	85,-
Brechspürgel, mittel, mit Röpfen	1.15
Spargel-Abschüttete	55,-
Spinat, das eingekocht	40,-
Wirsingkohl	29,-
Erbsen mit Karotten	42,-
Noblaub	32,-
Leipziger Allerlei	46,-
Leipziger Allerlei, mittel	70,-
Karotten	28,-

Junge Schnittbohnen, 2 Dosen	88,-
Leipziger Allerlei 2 Dosen	90,-
Zucker, fein gemahlen	95,-
Rosée, frisch gebrannt	95,-
Blutwurst, fein	95,-
Starker Speck	95,-
Himbeerjause	80,-
Reis, prima Qualität	88,-

Plaumen ohne Stein, 2 Dosen	90,-
Epinat, das eingekocht	78,-
Zucker, Sparwurst	1.10,-
Rafoo, garantiert rein, 1 1/4 Pfund	95,-
holsteiner Salami und Jersuflat, groß, Stück	95,-
Mug. Rauchfleisch	95,-
Weizenmehl, prima Qualität	95,-
Erbsen od. Linsen, prima Qualität	88,-

Früchte-Konserven

Gemischte Früchte, keine Pfunde	7,-
Plaumen, halbe Frucht ohne Stein	92,-
Mirabelles	46,-
Heidelbeeren	75,-
Preiselbeeren	62,-
Strüher, ohne Stein	65,-
Wirsing	85,-
Apfelmus	58,-
Steineclauden	50,-
Apricot, halbe Frucht	75,-
Ananas in Scheiben	1.00
Apricot-Marmelade, 3 Pfund-Glas	92,-
Gemisch. Marmelade, 3 Pfund-Glas	95,-
Honig, garantiert rein, 1 Pfund-Glas	80,-
Lachsbutter	große Tube 45,-

Messow & Walßschmidt

Für die liebenswerten Bewohner und die ehrenwerte Begleitung zur legenden Hubstätte meines lieben Sohnes, unseres Bruders
Paul Lamm

sagen wir hierdurch unseren herzlichsten Dank! [B 68]
August Paum und alle Hinterbliebenen.

Herzlich gedankt vom Grabe weinen-traurigen Gütern, unseres Vaters und Schwiegervaters! Sie legten wir allen Freunden und Verwandten § liebsterse Zeichen und Elementen auf unsern herzlichsten Dank. Danf allen lieben Vereinen. Ihr liebster Sohn Auguste Michael v. Messow,
Vorname Brud. den 3. April 1914

Tüchtige Ziseleure gesucht 1. Beliebtheitkörper u. Kunstgewerb. Metallarbeit. Bleibende gut bezahlte Stellen in Zürich. Effect. mit Jugendkopien und Vornamensprächen unter Adresse 2. L. 1808 an die Annoncen - Expedition Rosati Bosse, Zürich (Schweiz). [A 133]

Tapezierer
perfekter, sauberer Polsterer, findet dauernde Stellung bei Hildebrand, Wilsdruff.

ca. 1000 Zöpfe
ca. 3 Zentner deutsches Naturhaar, fotoe. enorme Vorräte von allen Haararten hatte ich zur Auswahl um Lager und empfiehlt den Damen heute besonders (L. 1294) prachtvolle gewellte Zöpfe ohne Schnur

55 cm lang, 45 gr (dicker 3,- 50,- 60,- 65,- 65,- 65,- 65,- 70,- 75,- 9,-)

Frau Emma Schunko
Haar-Manufaktur
Schloßstraße 10, I.

+ Hygienische + Frauen-Artikel
Commisswaren, Menstruationspulver
Frauenpfl., Mullerspritzen, Bülförmer, Leibbinden.
Größte Auswahl, 10 Proz. Rabatt
Kreisleben, Wallstr. 4

Turnverein „Vorwärts“

Nadeberg

Dienstag den 7. April, im Gasital

zum 10. abends 8 1/2 Uhr

Mitglieder-Versammlung

KSSV Der Turnrat.

Erster Turnrat.

Mutter-Spritzen

mit 2 Kanälen von 1.75 M. an Spülflaschen, Schwabbinde, Menstruationspulver, Vorfallbind. u. bagien.

Frauen-Artikel gratis gratis gratis frei

Erster Laden von Dippoldiswaldaer Platz.

Genau auf Namen und

Vorname schreiben.

Beachten Sie

Bei Ihren Einkäufen in Herren-, Wursten- und Knaben-Großeben den weg. Umbau veranlassen

Radikal-Ausverkauf

bed. durch enorme Mülligkeit u. große Leistungsfähigkeit

weit und breit bekannte

Großoberhändler =

Pimsler, Dresden

371, Gr. Brüdergasse 371.

Jahrmärkte Sonntag den

22. März geöffnet.

Handel und Industrie.

Aluminumindustrie.

Die Geschäfte der Aluminiumindustrie blühen wieder, nachdem das internationale Aluminiummonopol erneut worden ist. Seinen Einfluss die Syndikatsbildung auf die Gewinne der Aluminiumfabriken ausübt, läßt die Abschöpfung der Aluminiumindustrie, u. a. in Reichenau, des größten Unternehmens dieser Branche, erkennen. Nach Abzug von 2,79 Millionen Franc für Abschreibungen gegen 1,41 Millionen Franc im Vorjahr, ergiebt die Gesellschaft einen Bruttoeinnahmen von 8,87 Millionen Franc gegen 4,78 Millionen Franc im Jahre 1912. Dabei kommt die Dividende unverändert mit 20 Prozent zur Verteilung. Die Gesellschaft, deren deutsche Tochterunternehmen in Reichenau die einzige deutsche Aluminiumfabrik ist, verwendet nämlich 2,10 Millionen Franc zur Ausgabe von Gratifikationen, indem sie auf das bisher mit 50 Prozent eingesetzte Stammkapital von 25 Millionen Franc durch die Gesellschaftsfläche eine Eingehaltung von 10 Prozent vornimmt. 600.000 Franc waren für diesen Zweck bereits früher zurückgekehrt worden. Zugleich wird das Kapital um 9 Millionen Franc auf 35 Millionen Franc erhöht, es erfolgt also eine Kapitalverstärkung in einem außergewöhnlichen Umfang.

Den internationalen Aluminiummonopol hatten neben den europäischen Fabriken auch die amerikanischen Unternehmungen angehört, es kam im Jahre 1908 zur Auflösung und erst 1912 wieder zur Erneuerung. In der Zwischenzeit hatte sich eine starke Abwärtsbewegung der Preise zwischenzeitlich während der Preis für 100 Kilogramm in den Jahren 1900/03 325 bis 375 M. betrug, war nach der Auflösung des Syndikats im Jahre 1909 für 100 Kilogramm ein Preis von 125 bis 140 Mark und später von 105 bis 115 M. zu verzeichnen. Gegenwärtig stellt sich der Preis für 100 Kilogramm wieder auf 100 M. Anschl. zur Auflösung des Syndikats gab es herkömmliche englische und französische Konkurrenz, die Authentizität ist der Preiswettbewerb indessen schlecht bekommen. Bekannt hat der freie Wettbewerb durch die beträchtliche Erhöhung der Preise aber auch eine bedeutende Zunahme des Verbrauchs, eine Reihe von Industrien, die infolge der hohen Preise früher von der Verarbeitung von Aluminium abgesehen hatte, ist zur Verwendung dieses Metalls übergegangen. Diese Erfahrungen dürften die Aluminiumindustrie bei Bekämpfung einer Preisüberspannung und die Vorteile einer sorgfältigen Preispolitik zum Bewußtsein gebracht haben, so daß eine Wiederholung der Preisüberschreitungen des ersten Syndikats für einige Zeit mindestens wohl als ausgeschlossen gelten kann. In der Syndikatslosen Zeit ließ in einem einzigen Jahr, und zwar von 1909/10, die gesamte Produktion von Aluminium von 24.200 auf 34.000 Tonnen. Deutschland ist nach den Vereinigten Staaten der nächste Verbraucher von Aluminium, weit weniger bedeutend ist Deutschlands Bedeutung an der Aluminiumproduktion, die sich verhältnismäßig dort entzweit, wo billige Wasserkräfte vorhanden waren. Die Aluminium-Industrie-A.-G. in Reichenau ist unter anderem auch an den Boucic-(Zonderde)-Werken am Rhein bei Köln beteiligt, diese Anlagen werden künftig erweitert werden.

Wörte.

Zum Wochenende berichtete an der Berliner Börse Verkündung, Nachrichten von Eisenpreisermäßigungen, ungünstige Situationsergebnisse aus der Montanindustrie führten zur Verhinderung der Entwicklung, schließlich kamen auch die Vorfälle in Albanien Bedenken aus. Anfangs kam etwas größeres Angebot an den Markt, der allgemeine Abschwächung folgte zum Schlus auf eingetretenen Gebieten eine leichte Erholung. Eine übermäßige Erhöhung erfuhr der Privatmarkt um 1 auf 2% Prozent.

Wertschöpfung um.

Mit Hilfe verschiedener Großbanken hat die böhmische Braunkohlenindustrie Wertschöpfung bekanntlich eine große Reihe von Braunkohlenwerken in der Rieser-Platte und in Mittel-Deutschland erworben, seines bezeichnete er sich an rheinischen Braunkohlenunternehmungen und an Stein- und Kohlewerken. Anscheinend werden die Besitzeschen Hindernisse in den verschiedenen Braunkohlenwerken Deutschlands vorgetragen. An der Generalversammlung der Braunkohlenvergleichenden Kommission rief die Aktionäre an die Bemalung die Anfrage, ob ausländisches Kapital auch bei der Gesellschaft eingebürgert werden darf. Die Bemalung, die durch die Anfrage wohl nicht überzeugt war, erwiderte, daß sich dies ihrer Kenntnis entspricht, stellt aber gleichzeitig fest, daß in den letzten in letzter Zeit habe aufwärts liebhafte Umsätze bei angestiegenen Kursen vorgenommen haben.

Kontursteuer und Kapitalverstärkung. Um die ungeheuren Gewinne der Aufzugsindustrie zahlentwölflicher kleinen erscheinen zu lassen, hatten die Deutschen Waffen- und Munitionsfabriken die eine Dividende von wieder 32 Prozent für 1913 vereinbart, den Vorschlag gemacht, daß Kapital von 15 auf 25 Millionen Mark zu erhöhen und die neuen Aktien den Aktionären zu einem Kurs von 150 Prozent anzubieten. Erhöhte Kapitalbedarf lag dabei bei dem Unternehmen keineswegs vor. Die Generalversammlung der Gesellschaft brachte eine Überraschung, die Verhinderung empfohlen. Eine Kapitalerhöhung um 15 Millionen Mark und Ankauf der Aktien zu einem Kurs von 107 Prozent. Wahrscheinlich sind die Herren insbesondere zur Einsicht gekommen, daß durch 10 Millionen Mark neuer Aktien zum Kurs von 150 Prozent die Dividendenentlastung ganz verhindert werden könnte; dieser Gedanke wurde durch die Kapitalverdoppelung glücklich vorgebeugt. Die Aktien der Deutschen Waffen- und Munitionsfabriken notierten an der Berliner Börse ab 620 Prozent.

Abnahme der Kontursteuer. Die Zahl der im Monat März zehntausend Kontursteuer hat mit 522 gegen den Vergleichsmonat des Vorjahrs um mehr als 30 abgenommen; im ersten Quartal 1914 sind 2427 Kontursteuer abgesteuert worden; gegen das erste Quartal 1913 ist eine Abnahme der Kontursteuer um annähernd 300 zu verzeichnen.

Verhältnisse Kapitalverstärkung. Um die ungeheuren Gewinne der Aufzugsindustrie zahlentwölflicher kleinen erscheinen zu lassen, hatten die Deutschen Waffen- und Munitionsfabriken die eine Dividende von wieder 32 Prozent für 1913 vereinbart, den Vorschlag gemacht, daß Kapital von 15 auf 25 Millionen Mark zu erhöhen und die neuen Aktien den Aktionären zu einem Kurs von 150 Prozent anzubieten. Erhöhte Kapitalbedarf lag dabei bei dem Unternehmen keineswegs vor. Die Generalversammlung der Gesellschaft brachte eine Überraschung, die Verhinderung empfohlen. Eine Kapitalerhöhung um 15 Millionen Mark und Ankauf der Aktien zu einem Kurs von 107 Prozent. Wahrscheinlich sind die Herren insbesondere zur Einsicht gekommen, daß durch 10 Millionen Mark neuer Aktien zum Kurs von 150 Prozent die Dividendenentlastung ganz verhindert werden könnte; dieser Gedanke wurde durch die Kapitalverdoppelung glücklich vorgebeugt. Die Aktien der Deutschen Waffen- und Munitionsfabriken notierten an der Berliner Börse ab 620 Prozent.

1. Lautung. Für die Bärmeister gingen beim Gewerkschaftskontakt bis 1. April ein: Arbeiter der Firmen Gruson und Schenck 14,20. Hütarbeiter, Tannabend in Rodau 4,10. Durch den Günter verbraucht 4,70. Personal der Hofbrauhaus, durch Krieg 6,15. Günter und Günter bei Hermann Krause 4,-. Weißer Buchdruckerei, Jahnsche Straße 28, Tannabend 3,40. Verband der Kupferdrucker 25,-. Bemalter der Fa. Windhoff und Langloß 6,-. Müller, Orlanger Straße 31, 1,00. Allgemeiner Mietbewohnerverein Döbeln, Tannabend 5,-. Dolgarbeiter vom Campagneort Grumbt 14,30. Stammtisch Huter Stein, durch B. 3,-. Tannabend 2, Bundesdorfer 7,-. Café Wachs, Amerikanische Auktion, durch 25, 5,-. Gießerei 1,50. Schieß- und Sparverein Niedergittersee, Tannabend 2,00. Günterarbeiter, Baumblattpartie, Tannabend 12,-. Bau Rothenburger, zwei Streitkräfte 6,-. Übertritt der Kneulen von Günter, durch Diere 4,50. Silberhütte Sunet, Niedersfeldig 4,50. Geben es gern, 2. Rate, 300,-. W.-G.-A. Edel, Radig, Tannabend 3,25. Mietbewohner, Hofstadt, Borsdorf 9,15. Arbeiterschaft von Koch u. Dietzel 21,50. Porzellanarbeiter, Postchorpel 10,-. M.-G.-A. Gießerei, Tannabend 12,50. Gefangenverein Kreis Sanger und Neuenkirch Burg, Tannabend 3,-. Metallarbeiterkantone, Jahnsche Straße 12,-. Käthner, Streitkräfte, 50. Klemmert-Tannabend, Zentralhalle, 14,-. Summa: 581,80. **Ganz kleinste.**

Bereinstkalender für Montag.
Holzarbeiterverband. Abends 6½ Uhr allgemeine Delegiertenversammlung im Volkshaus.
Transportarbeiterverband. Abends 9 Uhr Vertreterversammlung im kleinen Volkshausraume.

Bereinstkalender für Dienstag.
4. Kreis, Gruppe Hellerau, Abends 8½ Uhr Gruppenversammlung im Volkshaus.
Verband d. Brauerei- u. Mühlenarbeiter. Abends 8 Uhr Mitgliederversammlung im großen Volkshausraume.
Allgemeiner Christenkantone f. Coswig i. Sa. u. Radiborotte. Abends 8 Uhr Ausführung im Gasthof zu Coswig.

Victoria-Salon

Eros Aria u. Co. in ihrer Scene Hypnos; Schneider-Duncker. Chansonnier: Bill Marshall und der Slout Indian, Gesang. u. Tanzverwandlung-Akt: The Cesares, Equilibristen: Gustav a. Claire Bleekwean, Kunst-Radfahrer: Annie Klemmchen, Vortrags-Soubrette: Rudolf Härtel, Komiker: Hobles, Musik-Instrumental-Imitator: R. Clair-Toronto, Olympia Athlet-Spiele; Norman Telma, Kautschuk-Production: Kiso.

Aufzug 8 Uhr. Sonntags 4 und 8 Uhr.
Theater-Tunnel Ensemble "Metzner".
Anfang 11/2, Sonntags 1½ Uhr.

Frucht-Weine

Versand in 10-Ltr.-Korallen, exkl. per Nachnahme, Fl. imhause, Apfelw., Herb 2,80, alle 3,00 Heidelb. 4,60, Johannistw. 6,50, Stachelb. 5,60, Erdw. 6,50 M. sowie 1. Frucht-Besser-Getränke Marke 0. R. (früher Obst-Ruster) 4,20 usw. Ausführliche Preisliste gratis.

Verkäufer gesucht.

Fruchtweinlädtch. 114925
Reinhold Schröder, Hirschstraße, Sa.

Mark-Kluger Vogel

So man täglich mehrmals im sehr Morgen- und Nachmittagsgeleinck trinkt Tee oder Kaffee. Klepperbeins Adonites, Fakir-Mn. 90 Pfg.) einen Kaffeekittel voll =

Klepperbeins Wacholdersaft

Mark Kluger Vogel
Garnitur für Kaffeekittel

Das ist die erprobte Blutreinigungskur ::

All die zu Fettucht, Wassermann, Verdauungsbeschwerden, Zuckerkrankheit neigen, können jetzt nichts besseres tun!
C. G. Klepperbein
Dr.-A., Frauentz. 9.



Sohlenleder, Ausschnitt

Schuhmacher-Werkzeuge u. Bedarf Artikel

Leisten, größte Auswahl, neueste Normen, Gummi-Athlone,

Gummifett und Federfett. L. 1400

Rudolf Kobitzsch, gegenüber dem Konsum.

Frauen-Tee

altbewährt, Dose 25 Pfennig.

Geiselschen, Postplatz

Gewerkschaftliche Arbeiterbewegung.

Der Streikposten in der Gastwirtschaft.

W. Der Tischlerkasten war während eines Streiks in einer Gastwirtschaftsfabrik in der Niedernstraße zu Berlin von gestrichen. Der Schuhmann glaubte, in ihm einen der Streikenden zu erkennen. Er wußte auch zu den Streikenden. Er wußte nicht der Aufforderung des Schuhmanns, sondern sagte ihm, daß er in einer bestimmten Gastwirtschaft in derselben Straße arbeite. Darauf verbot ihm der Schuhmann auch das Auftreten der Wirtschaft. Auch die Aufforderung, daß Lokal nicht zu betreten, befolgte er nicht.

Er wurde vom Landgericht als Verunglimpfung zu einer Geldstrafe verurteilt, weil er den §§ 120 und 133 der Berliner Straßen-Polizeiverordnung von 1890 zuwiderr gehandelt habe. Danach sind, wie nach gleichartigen Bestimmungen aller Straßen-Polizeiverordnungen, unbedingt die Aufforderungen und Anordnungen der Wirtschaftsbeamten zu folgen, welche im Interesse der Sicherheit, Ordnung und Reinlichkeit des Verkehrs auf öffentlichen Straßen ergehen.

Das Kammergericht hob das Urteil auf und verneinte die Güte an das Landgericht zurück, daß dann den Angeklagten freigesprochen. Es stellte zunächst fest, daß der Schuhmann die Aufforderung zum Verlassen der Niedernstraße lediglich deshalb an, daß er keinen Lohn mehr erhöht werden. Die Unternehmer — es handelt sich meist um Berliner Steinmeister — lehnten jede Julage ab; sie stellten das Ultimatum: Wenn ab 1. April der bisherige Tarif nicht weiter anerkannt wird, werden die Steinmeyer und Bredter entlassen. Es handelt sich also um eine reziproke Auspeisung, von der rund 500 Arbeitnehmer betroffen sind. Die Meister wollen den Betrieb machen, in den böhmischen Steinmeiergebieten Arbeitssuchende angeworben. Der Unternehmerverband hat schon vierzehn Tage vor dem Ablauf des Tarifs schwere Lizenzen verfossen. Er tat es jüngst unter allen Umständen auf einen Bevallot abzusehen.

An Rößl am Sand hielten die Granitsteinmeyer und Schleifer die Arbeit ein. Sie verlangten, daß die außerordentlich geringen Löhne um eine Kleinigkeit aufgestockt werden sollten. Die Schleifereibesitzer lehnten jedes Zugeständnis zunutzen ab.

Im Berliner Steinmeiergewerbe wurden zweihundert Steinmeyer aufgesetzt. Daraufhin legten gegen zweihundert Berufsgenossen die Arbeit nieder. Die Berliner Unternehmer wollen eine allgemeine Auspeisung befürworten, was ihnen aber nicht gelungen ist. Die Bewährungen der Herren, Arbeitssuchende anzunehmen, sind ergebnislos, weil eben angelernte Arbeiter aus Steinmeiergebieten nicht zu verwenden sind. Es wird erachtet, die von den Unternehmern in die Steinmeiergebiete entfandene Werbepost abzuweisen.

Streit in der chemischen Fabrik Montana in Strelitz a. d. Elbe.

Die Arbeiter der chemischen Fabrik Montana, G. m. b. H., in Strelitz a. d. Elbe, haben Sonnabend den 4. April die Arbeit eingestellt, weil sich die Vertriebsteilung weigert, mit einer Kommission der Arbeiter über geplante Lohnforderungen zu verhandeln.

Verband der Fabrikarbeiter Deutschlands.

Kau 7. Königreich Sachsen.

Nahrung, Formier und Fleischereiarbeiter.

Bei der Firma Schäfer in Freising (Bayern) streiken die Formierer und Kettmacher wegen Allordnungen. Die Firma verfügt, Arbeitssuchende heranzuziehen und bedient sich dabei der Reichsausfertigung Rosenberger-Berlin, Pappelallee, die Arbeitssuchende angeblich für München ansieht, in Wirklichkeit aber nach Freising vermittel.

Schuhmacherstreit in Hof in Bayern.

Die unter den Schuhmacherbetrieben vorgenommene Abstimmung über Annahme oder Ablehnung der von den Schuhmacherschaften gemachten Zugeständnisse hat folgendes Resultat ergeben: Von den in Ringschuhmacher beschäftigten Arbeitern wurden 4747 Stimmen abgegeben, davon 2091 für und 2668 gegen die Annahme. Ein der Zweidrittelmajorität für die Ablehnung fehlten 510 Stimmen. Von den Arbeitern in den zingtreien Brauereien wurden 1251 Stimmen abgegeben, davon 189 für und 1166 gegen die Annahme. Hier ist die Zweidrittelmajorität für die Ablehnung reichlich vorhanden. Insgeamt fehlen aber an der Zweidrittelmajorität für die Ablehnung 228 Stimmen. Die Lohnkommission wird mit den Verantwortlichen nun zunächst über die weiteren Maßnahmen beraten.

Erfolgreicher Gewerkschaftsstreit in Hof in Bayern.

Noch dreitigjährig Rückstand konnte der Streit mit gutem Erfolg für die Arbeiter beendet werden. Erreicht wurden: die Wöchentliche tägliche Arbeitszeit, Vergütung der Erinnerungsarbeiten an Sonntagen, eine jährliche Lohnzehrung von mindestens 1.50 M., eine weitere Julage von 50 Pfennig während der Beratungsperiode. Die gesetzten Veränderungen der Arbeitsverhältnisse durch die Unternehmer und damit abgewechselt. Am 4. April nahmen die Streikenden die Arbeit wieder auf, die Streikbrecher mußten den Betrieb verlassen.

Beendeter Streit.

Der Streit am Kölner Brückenbau ist beendet. Die in Betracht kommende Firma Grün u. Vilfinger hat sich den für das Kölner Baumgewerbe bestehenden Verträgen unterworfen.

Terforlängerung in der Nürnberger Blechstahlindustrie.

Der Tarifvertrag der Blechstahlarbeiter in Nürnberg, der am 1. April zur Kündigung stand, ist auf ein Jahr bis 30. Juni 1915, verlängert worden. Die über 18 Jahre alten Arbeiter und Arbeiterinnen mit einem Wochenlohn von 24 M. und von 18 M. erhalten eine Lohnzehrung von 2 Pfennig die Stunde, die Tageslohnarbeiter über 22 Jahre mit einem Wochenlohn unter 24 M. eine Julage von 2 Pfennig die Stunde, ab 1. Juli 1914.

Aus dem örtlichen Gewerkschaftsleben.

Das örtliche Zentralblatt veröffentlichte in seiner letzten Nummer den Bericht des Ausschusses der örtlichen Gewerkschaften Deutschlands für das Jahr 1913. Der Bericht stellt fest, daß im vergangenen Jahr die Arbeitslosigkeit in manchen Berufen einen Umfang wie nie vorher erreichte, und daß die Tendenz immer noch auf die Lebenshaltung der Arbeiter drückt. Die Einnahmen des Ausschusses haben im Berichtsjahr insgesamt 134.236,46 M. betragen, die Ausgaben 139.706,63 M., der Ausschuss beläßt sich am Schlusse des Jahres 1913 auf 14.518,81 M. Von den Einnahmen entfallen 86.571,82 M. auf Beiträge der örtlichen Verbände. Im Jahre 1912 betrugen diese Beiträge 84.022,20 M. Wenn man hieraus Rückschlüsse auf den Mittelstand ziehen kann, dann scheint es, daß ob die örtlichen Gewerkschaften im Berichtsjahr um einige tausend Mitglieder zugenommen haben — bei der vielseitigen Unterstützung, die ihnen zuteil wird, kein Wunder. Der Mittelstand wird sich auf die mittleren und höheren Verbände verteilen. Die großen haben meist Mittelschichten errichtet. Der örtlichen Generalleitung (Ausschuß) sind sechs Sekretariate angeschlossen, und zwar: das bairische mit 51.382 Mitgliedern, das mitteldeutsche mit 7.000, das norddeutsche mit 8.760 und das überdeutsche mit 11.456 Mitgliedern in Bremen, 2610 in Münsterberg, 8423 in der Rheinpfalz und 5077 in Südwürttemberg. Die Sekretariate in Sachsen und Westdeutschland geben Mitgliedszahlen nicht an. Das Büro der Mitglieder liegt in Rheinland-Westfalen, wo sich die Sitzungen zwischen ost- und westlichen Gewerkschaften denn auch am meisten zugespalten haben.

Deutscher Tabakarbeiterverband.

Gebäude Dresden.

Am Mittwoch den 1. April trafen die Stoffateure und ihre Hilfsarbeiter in Dresden zusammen, um den Streik zu beenden. Zu neuen Verhandlungen traten bei vier Unternehmen fünfzehn Stoffateure; diese haben braune Segmentationen. Die Unternehmen, die vor dem Ausbruch des Streiks jede Verhandlung abgelehnt hatten, machten gleich nach dem Ausbruch zu verhandeln, so daß schon am 2. April die erste Verhandlung stattfand, die jedoch ergänzt wurde. Bereits am 4. April wurden neue Verhandlungen abgeschlossen. So aber die Unternehmer nur ganz geringfügige Zugeständnisse machen, lehnte die am gleichen Tage in der Generalprobe abgeholte Stoffatuarversammlung einstimmig das Ergebnis der Verhandlungen ab und beschloß auch auf weiteres, daß nur auf Grund unserer eingereichten Tarife verhandelt werden

kann. Wir appellieren hiermit nochmals an die auf Löhnen beschäftigten Arbeiter und Handwerker, uns in unserem Kampf moralisch zu unterstützen. Hauptthema müßten wir aber die Kourer und Vater erläutern, solle Solidarität zu üben, wie bisher, und keine von den Stoffateuren liegen gelassenen Arbeiten fertig zu stellen, aber auch keine Arbeiten auszuführen, die vor dem Streik den Stoffateuren angeboten waren.

Arbeiterfreundliche Plätze werden um Abdruck dieses Berichtes gedreht.

Die Streikleitung der Stoffateure Dresdens.

Borsig.

Inland.

Große Lohnkürzung in der Steinindustrie.

Die Lohnbewegung der Sandsteinmänner in Niederschlesien erhielt bis auf die Orte Bunaue, Drosendorf, Andau, Löwenberg, Mittelsiedlitz, Nieders- und Wünschelburg. Der Tariflohn ist schon seit einigen Jahren nicht mehr erhöht worden. Die Unternehmer — es handelt sich meist um Berliner Steinmeister — lehnen jede Julage ab; sie stellen das Ultimatum: Wenn ab 1. April der bisherige Tarif nicht weiter anerkannt wird, werden die Steinmeyer und Bredter entlassen. Es handelt sich also um eine reziproke Auspeisung, von der rund 500 Arbeitnehmer betroffen sind. Die Meister wollen den Betrieb machen, in den böhmischen Steinmeiergebieten Arbeitssuchende angeworben. Der Unternehmerverband hat schon vierzehn Tage vor dem Ablauf des Tarifs schwere Lizenzen verfossen. Er tat es jüngst unter allen Umständen auf einen Bevallot abzusehen.

Am Ende des Jahres 1913 zählten die Dresden Gewerkschaften 56.629 Mitglieder gegen 97.713 im Vorjahr. Das ist eine Abnahme von 294 Mitgliedern. Im Vorjahr betrug die Anzahl 11.320.

Die Abnahme kommt nur für die männlichen Mitglieder in Frage, hingegen die Zahl der weiblichen Mitglieder noch steigt. Im Vorjahr betrug die Zahl der männlichen Mitglieder noch 43.611 auf 51.327, also um 2274, während sie sich im Vorjahr um 9401 erhöhte.

Die Zahl der männlichen Mitglieder erhöhte sich von 14.392 im Vorjahr auf 14.292, das sind 100 Mitglieder. Im Vorjahr betrug die Anzahl 11.320.

Die Abnahme kommt nur für die männlichen Mitglieder in Frage, hingegen die Zahl der weiblichen Mitglieder noch steigt.

Die Zahl der männlichen Mitglieder fiel von 20.615 auf 21.327,

die Zahl der weiblichen Mitglieder erhöhte sich von 14.392 im Vorjahr auf 14.292, das sind 100 Mitglieder. Im Vorjahr betrug die Anzahl 11.320.

Die Zahl der Mitglieder, die auf den Besitz des Betriebes hinzuwirken, ist von 17.829 auf 17.625 gefallen, das sind nur 144. Im Vorjahr betrug die Anzahl 17.942.

Infolge der Krise wünschten die Gewerkschaften außerordentliche Mittel für Arbeitslosenunterstützung aufzubringen. Es wurden großzügige Situation auf die Gewerkschaften aufgetragen, von 563.725 M. gegen 435.008 M. im Vorjahr aufgezählt wurden. Die Gewerkschaften der Gewerkschaften sind von 4.126.509 M. auf 4.057.900 M. abgesunken. Die Ausgaben von 2.989.525 M. auf 3.196.888 M. aufgingen. Im Schluß des Jahres war ein Rückschlag von 1.200.911 M. zu verzeichnen.

Der Rassendienst des Gewerkschaftsbundes schließt in 43.640,35 M. gegen 37.845,45 M. ab. Im Vergleich zu 22.992 M. auf 23.036 M. Änderungen in der Rassengesellschaft zu der Centralbibliothek zu verzeichnen durch die Bahnen zu den Provinzialen, auch wurde ein erheblicher Zuschlag zu der Centralbibliothek gestellt werden.

Die Centralbibliothek weist eine Ausgabe von 10.544,50 M. auf. Dagegen steht eine Einnahme von 7.709,54 M. Den Gehalt von 2744,90 M. deckt das Gewerkschaftsbund.

Im Berichtsjahr mussten nach den Bestimmungen der Reichsversicherungskommission die Bahnen zu den Rassendiensten vorgenommen werden. In dem Besitz des Reichsverwaltungsdienstes befinden noch der Neuorganisation 1 königliche Eisenbahnkasse, die Dresden, 28 Betriebskontrollen und 8 Immungskontrollen.

Im Dresden-N. Rassendienst besteht 14 Orte, 14 Betriebe und 3 Immungskontrollen. In Dresden-N. Rassendienst sind 5 Orte, 8 Betriebe und 1 Immungskontrolle vorhanden. Ausgenommen jedoch ist innerhalb dieser drei Berichtszeitpunkte 20 Orte, 30 Betriebe, 12 Immung- und 1 Rassendienst. Diese Bahnen stehen in Verbindung mit den umliegenden Gewerkschaftsbüros der Gewerkschaften. Auch für uns noch die Wahl für die im Reichsverwaltungsdienst liegen gelegene Eisenbahnkasse Wiederau in Frage. Alle diese Bahnen müssen nach dem Reichsversicherungskommission vorgenommen werden. Es erweist sich deshalb überall ein hartes Kampf um die Sitz in Wiederau. Nebenstand und die vereinigten nationalen Arbeiter gegenüber, daß die Eisenbahnkasse Dresden stellen wir auch eine Arbeitgeberliste auf.

Von den Arbeitgebern wurden zusammen 5060 Stimmen abgegeben; davon entfallen auf die Linie I (Verbindliche Arbeitsordnungsparziale) 5334 Stimmen — 28 Arbeitgebervertreter, auf die Linie II (freie Vereinigung der Arbeitgeber) 461 Stimmen — 2 Vertreter. Aus den Reihen der Arbeitnehmer wurden zusammen 51.640 Stimmen abgegeben, und zwar erzielte die Linie I (Rechte Gewerkschaften) 47.391 Stimmen — 56 Vertreter und die Linie II (ostdeutsches Boden stehende Arbeitnehmer) 4149 Stimmen — 3 Vertreter.

Von den Arbeitnehmern haben wie 13 bestellt. Die Arbeitgeber unserer Linie kamen einen Sieg nicht erlangen. Diese Wahl ist ein glänzender Sieg der freien Gewerkschaften, wenn man bedenkt, daß zu den 4149 Stimmen der vereinigten Gegner also zusammengekommen ist auch die Stimmen der Personen, die gar nicht organisationstätig sind. Die Wahl des Vereinigten konnte in vier Vorstandswahlungen nicht erledigt werden, erst durch ein Komitee wurde die Sache abgelöst.

Bei der Wahl des Rassendienstes wurde der Genossen Friedrich von Dresden-N. Rassendienst gewählt, der von Dresden berichtet, als 1. Vorsitzender gewählt. Derner wurde gewählt der Genossen Paul Reumann als Sekretär, Hugo Dörr als Schriftführer gewählt. Als Beisitzer wurden die Genossen Willi Schumann und Bruno Lehmann für Wiederau gewählt. Als Beisitzer wurden die Genossen Max Schäfer und Emil Gläsel gewählt. Von den Rassendienstern und dem Rassendienst sind 20 Arbeitnehmer, die Genossen Paul Reumann und Bernhard Peter bezeichnet. Die Verwaltung schlägt zur Wahlsetzung vor, eine Verbindliche Arbeitsordnung und nachmittags Abgangszeit einzuführen. Der Bericht wird anerkannt. Die Abstimmung während der roten Woche brachte 40 Mitglieder, darunter 10 Frauen. Der Rassendienst bemängelt, daß die Haushaltung sehr wenig erreicht haben waren. Es wurde gewünscht, daß bei den Rassendienstern die Arbeit alle Gewerkschaften zur anderen Weise zu erledigen, wurde gegen eine Arbeitgeberliste abgestimmt.

Bei der Wahl des Rassendienstes wurde der Genossen Friedrich von Dresden-N. Rassendienst gewählt, der von Dresden berichtet, als 1. Vorsitzender gewählt. Derner wurde gewählt der Genossen Paul Reumann als Sekretär, Hugo Dörr als Schriftführer gewählt. Als Beisitzer wurden die Genossen Willi Schumann und Bruno Lehmann für Wiederau gewählt. Als Beisitzer wurden die Genossen Max Schäfer und Emil Gläsel gewählt. Von den Rassendienstern und dem Rassendienst sind 20 Arbeitnehmer, die Genossen Paul Reumann und Bernhard Peter bezeichnet. Die Verwaltung schlägt zur Wahlsetzung vor, eine Verbindliche Arbeitsordnung und nachmittags Abgangszeit einzuführen. Der Bericht wird anerkannt. Die Abstimmung während der roten Woche brachte 40 Mitglieder, darunter 10 Frauen. Der Rassendienst bemängelt, daß die Haushaltung sehr wenig erreicht haben waren. Es wurde gewünscht, daß bei den Rassendienstern die Arbeit alle Gewerkschaften zur anderen Weise zu erledigen, wurde gegen eine Arbeitgeberliste abgestimmt. (S. 10)

6. Kreis, Gruppe 13, Wilnsdorf. In der Mitgliederversammlung im Schuhhaus sprach Genossen Koch über: Die Arbeitsordnungsparziale 5334 Stimmen — 28 Arbeitgebervertreter, auf die Linie II (freie Vereinigung der Arbeitgeber) 461 Stimmen — 2 Vertreter. Aus den Reihen der Arbeitnehmer wurden zusammen 51.640 Stimmen abgegeben, und zwar erzielte die Linie I (Rechte Gewerkschaften) 47.391 Stimmen — 56 Vertreter und die Linie II (ostdeutsche Boden stehende Arbeitnehmer) 4149 Stimmen — 3 Vertreter.

Von den Arbeitnehmern haben wie 13 bestellt. Die Arbeitgeber unserer Linie kamen einen Sieg nicht erlangen. Diese Wahl ist ein glänzender Sieg der freien Gewerkschaften, wenn man bedenkt, daß zu den 4149 Stimmen der vereinigten Gegner also zusammengekommen ist auch die Stimmen der Personen, die gar nicht organisationstätig sind. Die Wahl des Vereinigten konnte in vier Vorstandswahlungen nicht erledigt werden, erst durch ein Komitee wurde die Sache abgelöst.

Bei der Wahl des Rassendienstes wurde der Genossen Friedrich von Dresden-N. Rassendienst gewählt, der von Dresden berichtet, als 1. Vorsitzender gewählt. Derner wurde gewählt der Genossen Paul Reumann als Sekretär, Hugo Dörr als Schriftführer gewählt. Als Beisitzer wurden die Genossen Willi Schumann und Bruno Lehmann für Wiederau gewählt. Als Beisitzer wurden die Genossen Max Schäfer und Emil Gläsel gewählt. Von den Rassendienstern und dem Rassendienst sind 20 Arbeitnehmer, die Genossen Paul Reumann und Bernhard Peter bezeichnet. Die Verwaltung schlägt zur Wahlsetzung vor, eine Verbindliche Arbeitsordnung und nachmittags Abgangszeit einzuführen. Der Bericht wird anerkannt. Die Abstimmung während der roten Woche brachte 40 Mitglieder, darunter 10 Frauen. Der Rassendienst bemängelt, daß die Haushaltung sehr wenig erreicht haben waren. Es wurde gewünscht, daß bei den Rassendienstern die Arbeit alle Gewerkschaften zur anderen Weise zu erledigen, wurde gegen eine Arbeitgeberliste abgestimmt. (S. 10)

6. Kreis, Gruppe 13, Wilnsdorf. In der Mitgliederversammlung sprach Genossen Koch über: Die Arbeitsordnungsparziale 5334 Stimmen — 28 Arbeitgebervertreter, auf die Linie II (freie Vereinigung der Arbeitgeber) 461 Stimmen — 2 Vertreter. Aus den Reihen der Arbeitnehmer wurden zusammen 51.640 Stimmen abgegeben, und zwar erzielte die Linie I (Rechte Gewerkschaften) 47.391 Stimmen — 56 Vertreter und die Linie II (ostdeutsche Boden stehende Arbeitnehmer) 4149 Stimmen — 3 Vertreter.

Von den Arbeitnehmern haben wie 13 bestellt. Die Arbeitgeber unserer Linie kamen einen Sieg nicht erlangen. Diese Wahl ist ein glänzender Sieg der freien Gewerkschaften, wenn man bedenkt, daß zu den 4149 Stimmen der vereinigten Gegner also zusammengekommen ist auch die Stimmen der Personen, die gar nicht organisationstätig sind. Die Wahl des Vereinigten konnte in vier Vorstandswahlungen nicht erledigt werden, erst durch ein Komitee wurde die Sache abgelöst.

Bei der Wahl des Rassendienstes wurde der Genossen Friedrich von Dresden-N. Rassendienst gewählt, der von Dresden berichtet, als 1. Vorsitzender gewählt, daß es ihm gelungen ist, einen Vertrag mit einem kleinen Kind abzuschließen. Mit der Gewerkschaft wurde füchtig bemüht zu sein, die Organisation zu fördern, schließt die vorliegende Versammlung.